

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung ab1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen: P II/64 fortlaufend

Hinweis: Die Qualität und Lesbarkeit des digitalen Dokuments ist abhängig von der Qualität der Vorlage. Bei einigen Protokollen muss daher mit Abstrichen bei der Lesbarkeit und der Durchsuchbarkeit des Dokuments gerechnet werden!

E I N L A D U N G

zu einer Sitzung der Ratsversammlung
Donnerstag, den 19. März 1981, 15.00 Uhr
Rathaus, Ratssaal

Öffentliche Sitzung

Tagesordnung

- 1) Genehmigung der Tagesordnung
- 2) Feststellung des Gemeindevahlleiters über das Nachrücken eines Rats Herrn und Verpflichtung des Rats Herrn durch den Stadtpräsidenten
- 3) Vereidigung von Magistratsmitgliedern
- 4) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.01.1981
- 5) Bürgerfragestunde
 - Es liegen noch keine Anfragen vor -
- 6) Geschäftliche Mitteilungen des Stadtpräsidenten
 - Es liegen keine Mitteilungen vor -
- 7) Geschäftliche Mitteilungen des Magistrats und des Oberbürgermeisters
 - a) Wiederwahl der Herren Stadtbaurat Hans Bartels und Stadtrat Günter Lütgens zu hauptamtlichen Mitgliedern des Magistrats
Stadtrat Möller
 - b) Bericht über die Entwicklung des finanziellen Bauüberhanges
Bürgermeister Hochheim
 - c) Verwendung von Sand auf Spielplätzen als Streugut
Stadtrat Lütgens
 - d) Artikel von Herrn Schück im Markt vom 18.02.1981 "4 Millionen Mark fehlen"
Stadtbaurat Bartels

- 8) Kleine Anfragen - Fragestunde -
- a) Grundstück Bergstraße 8 - Drs. 99 -
 - Anfrage der CDU-Fraktion -
 - Ratsherr Schmidt-Brodersen
 - b) Verkehrssituation am Bahnübergang in Suchsdorf - Drs. 100 -
 - Anfrage der CDU-Fraktion -
 - Ratsherr Boysen
 - c) Räumung der öffentlichen Plätze durch die Schausteller nach dem "Kieler Umschlag" - Drs. 101 -
 - Anfrage der CDU-Fraktion -
 - Ratsherr Hans-Joachim Lange
- 9) Große Anfragen - Fragestunde -
- a) Auswirkungen neuzeitlicher Technologien zur Energieeinsparung - Drs. 11 -
 - Anfrage der F.D.P.-Fraktion -
 - Ratsherr Petersen
- 10) Ausschußumbesetzungen - Drs. 93 -
- Anträge der SPD-Fraktion -
 - Stadtrat Ipsen/Stadtrat Balzersen
- 11) Erhöhung der Ansätze für die Unterhaltung der Gemeindestraßen und das Schwarzdeckenprogramm - Drs. 102 -
- Antrag der CDU-Fraktion -
 - Ratsherr Heilig
- 12) Hausbesetzung Sophienblatt 14/Herzog-Friedrich-Str. 21 - Drs. 103 -
- Antrag der CDU-Fraktion -
 - Stadtrat Diekelmann
- 13) Wahl des Gemeindewahlausschusses für die Gemeindewahl 1982 - Drs. 104 -
- Oberbürgermeister Luckhardt
- 14) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Beirates für türkische Arbeitnehmer - Drs. 105 -
- Stadtrat Schöning
- 15) Arbeitsplan der Kieler Woche 1982 - Drs. 94 -
- 100 Jahre Kieler Woche -
 - Oberbürgermeister Luckhardt
 - Der Arbeitsplan ist gesondert beigelegt -

- 16) Erweiterung der Einsatzzentrale einschließlich Nachrichtentechnik
Stadtrat Diekelmann - Drs. 56 -
- 17) Sondermaßnahme für neu zugewanderte türkische Schüler;
hier: Errichtung von Unterrichtsräumen an den Beruflichen Schulen in Gaarden
Stadtschulrat Zimmer - Drs. 95 -
- 18) Inventar für die neuen Räume der Stadtbücherei im Gebäude Holstenbrücke
Stadtschulrat Zimmer - Drs. 106 -
- 19) Änderung der Schulform der Schule am Göteborgring - Schule für Lernbehinderte -
Stadtschulrat Zimmer - Drs. 107 -
- 20) Annahme einer Schenkung
hier: Plastik des Bildhauers Ernest Igl
Stadtrat Schöning - Drs. 75 -
- 21) Gewährung einer Beihilfe an den Ersten Kieler Ruder-Club von 1862 e. V.
Stadtrat Diesel - Drs. 80 -
- 22) Behindertengerechte Erweiterung der Bedürfnisanstalt Kiellinie
Stadtrat Möller - Drs. 108 -
- 23) Neubildung des Beirates für Naturschutz und Landschaftspflege vom 6. Nov. 1980
hier: Nachwahl
Stadtbourat Bartels - Drs. 81 -
- 24) Straßenbenennung
Stadtbourat Bartels - Drs. 109 -
- 25) Zuständigkeit der Ratsversammlung für die Bauleitplanung
Stadtbourat Bartels - Drs. 110 -
- 26) 70. Änderung Flächennutzungsplan
- Kiel-Friedrichsort nördlich Koppelberg, östlich Gewerbegebiet Redderkoppel -
Stadtbourat Bartels - Drs. 111 -
- 27) 72. Änderung Flächennutzungsplan
- Schreventeich, zwischen Gutenbergstraße, Hansastraße, Hebbelstraße und dem Spielplatz Gutenbergstraße -
Stadtbourat Bartels - Drs. 112 -
- 28) B-Plan Nr. 687 - Kiel-Russee, beiderseits Brunnenweg, zwischen Russeer Weg und Dahlemer Weg -
Stadtbourat Bartels - Drs. 113 -

- 29) B-Plan Nr. 694, Teilaufhebung des B-Planes Nr. 409 - Kiel-Wik, Prinz-Heinrich-Straße, Knorrstraße, Holtenauer Straße -
Stadtbaurat Bartels - Drs. 114 -
- 30) B-Plan Nr. 700 - Kiel-Wik/Suchsdorf, "Klausbrook", nordwestlich der Johann-Fleck-Straße und des Bremerskamp -
Stadtbaurat Bartels - Drs. 115 -
- 31) Bebauungsplan Nr. 654, Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 239 - Westring, Gutenbergstraße, Goethestraße, Hebbelstraße -
Stadtbaurat Bartels - Drs. 116 -
- 32) Bebauungsplan Nr. 541 - Industriegebiet Kiel-Wellsee, südlich Edisonstraße, zwischen Ottostraße und Bunsenstraße, nordwestlich der Schlüsbek -
Stadtbaurat Bartels - Drs. 117 -
- 33) B-Plan Nr. 665 - Kiel-Friedrichsort, nördlich Koppelberg, östlich Gewerbegebiet Redderkoppel -
Stadtbaurat Bartels - Drs. 118 -
- 34) Kieler Hafengebühren-Satzung
Stadtrat Dr. Moll - Drs. 83 -
- 35) Kaibenutzungsordnung für die Kaianlagen der Landeshauptstadt Kiel
Stadtrat Dr. Moll - Drs. 98 -
- 36) Erschließung städtischer Flächen im Bereich Suchsdorf-Süd
hier: Außerplanmäßige Verpflichtungs-
ermächtigung
Bürgermeister Hochheim - Drs. 90 -
- 37) Richtlinien über das Verfahren bei der Stundung, Niederschlagung und dem Erlaß von Ansprüchen der Landeshauptstadt Kiel
Bürgermeister Hochheim - Drs. 84 -
- 38) Sicherung der Gebäudesubstanz des Eggerschen Hofes
Stadtrat Lütgens - Drs. 119 -
- 39) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Aufnahme von Darlehen und Zwischenkrediten durch die Kieler Wohnungsbaugesellschaft (KWG)
Bürgermeister Hochheim - Drs. 85 -
- 2) Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 157.000 DM aus dem ERP-Gemeindeprogramm 1981 für den Bau einer Tennisanlage in Ellerbek
Bürgermeister Hochheim - Drs. 86 -
- 3) Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 945.000 DM aus dem ERP-Gemeindeprogramm 1981 für den Umbau des Asmus-Bremer-Platzes
Bürgermeister Hochheim - Drs. 87 -
- 4) Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 175.000 DM aus dem ERP-Gemeindeprogramm 1981 für den Bau einer Tennisanlage in Mettenhof
Bürgermeister Hochheim - Drs. 88 -
- 5) Aufnahme eines kurzfristigen Landankaufkredites in Höhe von 1,5 Mio. DM durch die Kieler Wohnungsbaugesellschaft (KWG) und Übernahme der Bürgschaft für diesen Kredit durch die Landeshauptstadt Kiel
Bürgermeister Hochheim - Drs. 89 -
- 6) Ankauf des unbebauten Grundstückes am Winterbeker Weg belegen parallel zum Theodor-Heuss-Ring vom Ev.-Luth. Kirchengemeindeverband Kiel
Bürgermeister Hochheim - Drs. 92 -
- 7) Bestellung eines weiteren Vorstandsmitgliedes der Kieler Spar- und Leihkasse
Oberbürgermeister Luckhardt - Drs. 120 -
- 8) Stiftung "Leben in alten Häusern"
- Antrag der SPD-Fraktion -
Ratsherr Wolfgang Lange - Drs. 121 -
- 9) Verschiedenes

Schmidt-Bordesen
Stellv. Stadtpräsident

Luckhardt
Mitzeichnung OB:

T A G E S O R D N U N G

für die Sitzung der Ratsversammlung

Donnerstag, den 19. März 1981, 15.00 Uhr

Rathaus, Ratssaal

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Tagesordnung; 2) Feststellung des Gemeindevahlleiters über das Nachrücken eines Ratsherrn und Verpflichtung des Ratsherrn durch den Stadtpräsidenten; 3) Vereidigung von Magistratsmitgliedern; 4) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.01.1981; 5) Bürgerfragestunde; 6) Geschäftliche Mitteilungen des Stadtpräsidenten; 7) Geschäftliche Mitteilungen des Magistrats und des Oberbürgermeisters, a) Wiederwahl der Herren Stadtbaurat Hans Bartels und Stadtrat Günter Lütgens zu hauptamtlichen Mitgliedern des Magistrats, b) Bericht über die Entwicklung des finanziellen Bauüberhanges, c) Verwendung von Sand auf Spielplätzen als Streugut, d) Artikel von Herrn Schück im Markt vom 18.02.1981 "4 Millionen Mark fehlen"; 8) Kleine Anfragen, a) Grundstück Bergstraße 8 - Anfrage der CDU-Fraktion -, b) Verkehrssituation am Bahnübergang in Suchsdorf - Anfrage der CDU-Fraktion -, c) Räumung der öffentlichen Plätze durch die Schausteller nach dem "Kieler Umschlag" - Anfrage der CDU-Fraktion -; 9) Große Anfragen, a) Auswirkungen neuzeitlicher Technologien zur Energieeinsparung - Anfrage der F.D.P.-Fraktion -; 10) Ausschußbesetzungen - Anträge der SPD-Fraktion -; 11) Erhöhung der Ansätze für die Unterhaltung der Gemeindestraßen und das Schwarzdeckenprogramm - Antrag der CDU-Fraktion -; 12) Hausbesetzung Sophienblatt 14/Herzog-Friedrich-Str. 21 - Antrag der CDU-Fraktion -; 13) Wahl des Gemeindevahlausschusses für die Gemeindevahl 1982; 14) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Beirates für türkische Arbeitnehmer; 15) Arbeitsplan der Kieler Woche 1982; 16) Erweiterung der Einsatzzentrale einschließlich Nachrichtentechnik; 17) Sondermaßnahme für neu zugewanderte türkische Schüler; hier: Errichtung von Unterrichtsräumen an den Beruflichen Schulen in Gaarden; 18) Inventar für die neuen Räume der Stadtbücherei im Gebäude Holstenbrücke; 19) Änderung der Schulform der Schule am Göteborgring - Schule für Lernbehinderte -; 20) Annahme einer Schenkung, hier: Plastik des Bildhauers Ernest Igl; 21) Gewährung einer Beihilfe an den Ersten Kieler Ruder-Club von 1862 e. V.; 22) Behindertengerechte Erweiterung der Bedürfnisanstalt Kiellinie; 23) Neubildung des Beirates für Naturschutz und Landschaftspflege vom 6. Nov. 1980; 24) Straßenbenennung; 25) Zuständigkeit der Ratsversammlung für die Bauleitplanung; 26) 70. Änderung Flächennutzungsplan - Kiel-Friedrichsort nördlich Koppelberg, östlich Gewerbegebiet Redderkoppel -; 27) 72. Änderung Flächennutzungsplan - Schreventeich, zwischen Gutenbergstraße, Hansastrasse, Hebbelstraße und dem Spielplatz Gutenbergstraße -; 28) B-Plan Nr. 687 - Kiel-Russee, beiderseits Brunnenweg, zwischen Russeer Weg und Dahlemer Weg -; 29) B-Plan Nr. 694, Teilaufhebung des B-Planes Nr. 409 - Kiel-Wik, Prinz-Heinrich-Straße, Knorrstraße, Holtenuer Straße -

30) B-Plan Nr. 700 - Kiel-Wik/Suchsdorf, "Klausbrook", nordwestlich der Johann-Fleck-Straße und des Bremerkamp -; 31) Bebauungsplan Nr. 654, Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 239 - Westring, Gutenbergstraße, Goethestraße, Hebbelstraße -; 32) Bebauungsplan Nr. 541 - Industriegebiet Kiel-Wellsee, südlich Edisonstraße, zwischen Ottostraße und Bunsenstraße, nordwestlich der Schlüsbeck; 33) B-Plan Nr. 665 - Kiel-Friedrichsort, nördlich Koppelberg, östlich Gewerbegebiet Redderkoppel -; 34) Kieler Hafengebührensatzung; 35) Kaibenutzungsordnung für die Kaianlagen der Landeshauptstadt Kiel; 36) Erschließung städtischer Flächen im Bereich Suchsdorf-Süd; 37) Richtlinien über das Verfahren bei der Stundung, Niederschlagung und dem Erlaß von Ansprüchen der Landeshauptstadt Kiel; 38) Sicherung der Gebäudesubstanz des Eggerschen Hofes; 39) Verschiedenes.

Nichtöffentliche Sitzung

1) - 4) Darlehensangelegenheiten; 5) Bürgerschaftsangelegenheit; 6) Grundstücksangelegenheit; 7) Bestellung eines weiteren Vorstandsmitgliedes der Kieler Spar- und Leihkasse; 8) Stiftung "Leben in alten Häusern" - Antrag der SPD-Fraktion -; 9) Verschiedenes.

Die Beratungsunterlagen für die öffentliche Sitzung können im Rathaus - Bürgerberatungsstelle - und im Büro des Stadtpräsidenten eingesehen werden.

Schmidt-Brodersen
Stellv. Stadtpräsident

2) 1 Tagesordnung ist im Rathaus auszuhängen.

3) Z. d. A.

Kiel, den 17. März 1981

Zusammenstellung des zu Sitzung der Ratsversammlung am
19. März 1981 nachgereichten Materials

Zu Punkt 8) Kleine Anfragen - Fragestunde

- d) Weckdienst im Städt. Krankenhaus - Drs. 130 -
- Anfrage der SPD-Fraktion -
Ratsherr Breitkopf

Zu Punkt 10) Ausschußbesetzungen - Drs. 93 -

- Hierzu ist ein weiterer Antrag
der SPD-Fraktion beigefügt -

Zu Punkt 15) Arbeitsplan der Kieler Woche 1982 - Drs. 94 -

- Hierzu ist eine Geschäftliche
Mitteilung beigefügt -

Zu Punkt 16) Erweiterung der Einsatzzentrale - Drs. 56 -
einschließlich Nachrichtentechnik

- Hierzu ist eine neue Vorlage beigefügt -

Als neuer Punkt 39) Erstellung eines Marktgebäudes - Drs. 129 -
für den Wochenmarkt in Kiel-
Schilksee-Süd

- Hierzu ist die Dringlichkeits-
vorlage beigefügt -

Hauptamt
00.0.24.04
00.0.24.05
00.0.25.22 Ma/Kk

Kiel, den 23. Januar 1979

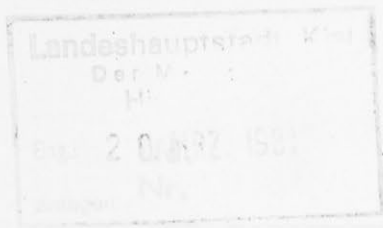
Gebundene Unterlagen über die Sitzungen des Magistrats und der Ratsversammlung

Bis zum Ende des Jahres 1978 enthielt eine gebundene Ausfertigung der Unterlagen über eine Sitzung des Magistrats bzw. der Ratsversammlung jeweils einen Abdruck der Tagesordnung mit sämtlichen Beratungsunterlagen, das Original der Tagesordnung sowie nochmals alle Beratungsunterlagen in Form der Niederschrift (Magistrat) bzw. der Kurzniederschrift (Ratsversammlung).

Da eine zweite Ausfertigung der Beratungsunterlagen entbehrlich ist, enthalten die gebundenen Exemplare der o. a. Sitzungen ab sofort nur noch die Originaltagesordnung und die Niederschrift (Magistrat) bzw. die Kurzniederschrift (Ratsversammlung) mit sämtlichen Beratungsunterlagen. Bei der Ratsversammlung kommt dann noch die sogenannte Langniederschrift hinzu.

Den gebundenen Ausfertigungen über die Sitzungen des Magistrats und der Ratsversammlung ist jeweils ein Abdruck des vorstehenden Vermerkes beizufügen.

K n u t h



Anwesenheitsliste

für die Sitzung der Ratsversammlung am 19.03.1981

Lfd. Nr.		Name	Unterschrift
1.	Stadtrat	Balzersen
2.	Ratsherr	Bergien
3.	Ratsherr	Dr. Bernhardt
4.	Ratsherr	Boysen
5.	Ratsherr	Breitkopf
6.	Ratsherrin	Detlef
7.	Stadtrat	Diekelmann
8.	Stadtrat Ratsherr	Diesel
9.	Stadtrat	Engelmann
10.	Ratsherr	Fröhlich
11.	Ratsherr	Günther
12.	Ratsherr	Hänsler
13.	Stadtrat	Hagelstein
14.	Ratsherr	Heilig
15.	Ratsherr	Dr. Hermann
16.	Ratsherr	Heß
17.	Ratsherr	Hirte
18.	Ratsherrin	Hofer
19.	Stadtrat	Ipsen
20.	Stadtpräsident	Johanning
21.	Ratsherr	Krumrey
22.	Ratsherr	Kuessner
23.	Ratsherr	Küster
24.	Ratsherrin	Lange
25.	Ratsherr	H.-J. Lange
26.	Ratsherr	W. Lange
27.	Ratsherr	Leest
28.	Stadtrat	Lippe
29.	Stadtrat Ratsherr	Lüth
	BH	Höfer

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
30.	Stadtrat M ä ller
31.	Ratsherr Nykamp	<i>[Signature]</i>
32.	Ratsherr Peters	<i>[Signature]</i>
33.	Ratsherr Petersen	<i>[Signature]</i>
34.	Ratsherr Rapsch	<i>[Signature]</i>
35.	Ratsherr Raupach	<i>[Signature]</i>
36.	Ratsherr Dr. Reimers	<i>[Signature]</i>
37.	Ratsherrin Reyer	<i>[Signature]</i>
38.	Ratsherr Rösser	<i>[Signature]</i>
39.	Ratsherr Rüdell	<i>[Signature]</i>
40.	Stadtrat Sauerbaum	<i>[Signature]</i>
41.	Ratsherr Schmidt-Brodensen	<i>[Signature]</i>
42.	Ratsherr Schöning	<i>[Signature]</i>
43.	Ratsherrin Sievers	<i>[Signature]</i>
44.	Ratsherr Spickhoff	<i>[Signature]</i>
45.	Stadtrat Stegemann	<i>[Signature]</i>
46.	Ratsherr Stein	<i>[Signature]</i>
47.	Ratsherr Tschorn	<i>[Signature]</i>
48.	Ratsherrin Witt	<i>[Signature]</i>
49.	Ratsherrin Zörner-Goetzke	<i>[Signature]</i>

RH Graf v. Sillieben

[Faint text at the bottom of the page, including names like Oberbürgermeister, Bürgermeister, Hochheim, Stadtrat, etc.]

Kurznotiz

über die Sitzung der Ratsversammlung am 19. März 1981

- Öffentliche Sitzung -

Beginn: 15.06 Uhr

Ende: 17.57 Uhr

Sitzungsunterbrechung:

16.09 - 16.30 Uhr

Unterbrechung

16.43 - 17.44 Uhr

" (Ältestenratsitzung)

Vorsitzender: Stadtpräsident J o h a n n i n g

1. Schriftführer: Ratsherr H e ß , Ratsherr Wolfgang L a n g e

2. Schriftführer: Ratsherr K r u m r e y

Anwesend:

Stadträte:

Balzersen, Diekelmann, Diesel, Engelmann,
Hagelstein, Ipsen, Lüth, Sauerbaum, Schöning,
Stegemann

Ratsherren:

Bergien, Dr. Bernhardt, Breitkopf, Boysen,
Frau Detlef, Fröhlich, Günther, Hänslar, Heilig,
Dr. Hermann, Heß, Hirte, Frau Hofer, Höfer,
Krumrey, Kuessner, Frau Lange, Hans-Joachim
Lange, Wolfgang Lange, Leest, Nykamp, Peters,
Petersen, Rapsch, Raupach, Dr. Reimers, Frau
Reyer, Rösser, Rüdell, Graf von Schlieben, Frau
Sievers, Prof. Spickhoff, Stein, Töschorn, Frau
Witt, Frau Zörner-Goetzke

Es fehlen entschuldigt:

Stadträte: Balzersen und Hagelstein,
Ratsherren: Hänslar, Kuessner, Leest

Es fehlen unentschuldigt:

Anwesende hauptamtliche
Magistratsmitglieder

Oberbürgermeister Luckhardt, Bürgermeister
Hochheim, Stadtbaurat Bartels, Stadtschulrat
Zimmer, Stadtrat Lütgens, Stadtrat Möller,
Stadtrat Dr. Moll,

Außerdem sind anwesend:

Mitglieder der Ortsbeiräte, Amtsleiter

Zu Punkt 1) - Genehmigung der Tagesordnung

Stadtpäsident eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß sich für die heutige Rats-sitzung fünf Ratsmitglieder entschuldigt haben. Er stellt die Beschlußfähigkeit der Ratsver-sammlung fest.

Stadtpräsident gibt sodann die Tagesordnung und die vorliegenden Änderungen bekannt. Die Einladung zu der Sitzung am 19. März ist rechtzeitig zugestellt worden. Es haben sich folgende Änderungen ergeben :

Mit einer Zusammenstellung wurden nachgereicht:

Zu Punkt 8) - Kleine Anfragen

Eine weitere Anfrage der SPD-Fraktion, betr. Weckdienst im Städtischen Krankenhaus.

Zu Punkt 10) - Ausschußbesetzungen

Ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion.

Zu Punkt 15) - Arbeitsplan Kieler Woche 1982

Eine Geschäftliche Mitteilung.

Zu Punkt 16) - Erweiterung der Einsatzzentrale einschließlich Nachrichtentechnik -

Eine neue Vorlage, die gegen die mit der Einladung übersandte auszutauschen ist. Stadtpräsident weist darauf hin, daß diese Vorlage in der gestrigen Magistratssitzung v e r t a g t wurde und somit heute nicht beraten wird.

Als neuer Punkt 39)

Eine Dringlichkeitsvorlage, betr. Erstellung eines Marktgebäudes für den Wochenmarkt in Kiel-Schilksee-Süd.

Bei allen nachgereichten Punkten handelt es sich um dringende Angelegenheiten, zu deren Anerkennung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Widerspruch wird nicht erhoben. Damit ist die Dringlichkeit anerkannt.

Auf den Tisch gelegt wurde:

Zu Punkt 9) - Große Anfragen -

die Antwort auf die Anfrage der F.D.P.-Fraktion, betr. Auswirkungen neuzeitlicher Technologien zur Energieeinsparung.

Aus der Magistratssitzung am 18. März 1981 haben sich folgende Änderungen ergeben:

Zu Punkt 8) - Kleine Anfragen -

Die Anfrage zu Buchstabe b) - Verkehrssituation am Bahnübergang in Suchsdorf - kann in dieser Sitzung vom Magistrat noch nicht beantwortet werden, so daß sie heute nicht zur Beratung ansteht.

Zu

Der Punkt 16) - Erweiterung der Einsatzzentrale einschließlich Nachrichtentechnik -
wurde v e r t a g t.

Außerdem wurde der Punkt 8) der nichtöffentlichen Sitzung - Stiftung "Leben in alten Häusern"
z u r ü c k g e z o g e n und steht daher heute nicht zur Beratung an.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen bisher nicht vor.

Stadtrat I p s e n beantragt daraufhin namens der SPD-Fraktion, den Punkt 28) - B-Plan 687 -
Kiel-Russee - Drucksache 113 - zu vertagen.

- Damit ist auch dieser Punkt v e r t a g t . -

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Damit ist die Tagesordnung in der geänderten Form genehmigt.

Zu Punkt 2) - Feststellung des Gemeindevahlleiters über das Nachrücken eines Ratsherren
und Verpflichtung des Ratsherrn durch den Stadtpräsidenten -

Stadtpräsident J o h a n n i n g trägt vor, daß der Oberbürgermeister als Gemeindevahlleiter
gemäß § 3 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat
festgestellt hat, daß Herr Claus Möller mit der Übernahme seines Amtes als hauptamtliches
Magistratsmitglied seinen Sitz in der Ratsversammlung mit dem 28. Februar 1981 verloren hat.
Oberbürgermeister hat mit Schreiben vom 2. März mitgeteilt, daß er, nachdem die nächste
Bewerberin von der SPD-Liste, Frau Renate Hahn, auf ihre Anwartschaft verzichtet hat,
als Nachfolger Herrn Detlef Graf von Schlieben, Wilhelm-Lobsien-Weg 2 f, 2300 Kiel 17,
festgestellt hat.

Danach verpflichtet Stadtpräsident Herrn G r a f v o n S c h l i e b e n durch Handschlag
auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in seine Tätigkeit ein.
(§ 33 Abs. 5 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein)

- Kenntnis genommen -

Zu Punkt 3) - Vereidigung von Magistratsmitgliedern -

Stadtpräsident J o h a n n i n g trägt vor, daß Herr Stadtbaurat Bartels und Herr Stadtrat
Lütgens in der Sitzung der Ratsversammlung am 15. Januar 1981 auf weitere sechs Jahre
zu hauptamtlichen Magistratsmitgliedern gewählt und nach § 64 in Verbindung mit § 51
der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein erneut von dem Vorsitzenden der Stadtver-
tretung in öffentlicher Sitzung zu vereidigen sind.

Stadtpräsident Johanning vereidigt Stadtbaurat B a r t e l s und Stadtrat L ü t g e n s
gemäß § 66 der Gemeindeordnung. Dabei sprechen beide Herren die vom Stadtpräsidenten
vorgesprochene Eidesformel unter Erhebung der rechten Hand nach.

"Ich schwöre, Verfassung und ~~gesetz~~ Gesetz zu beachten
und meine Amtspflichten treu und gewissenhaft zu erfüllen,
so wahr mir Gott helfe."

Anschließend werden die Niederschriften über die Vereidigung vom Stadtpräsidenten und den
beiden Vereidigten unterschrieben.

Die Niederschriften über die Vereidigung befinden sich in den Personalakten von Stadtbaurat
Bartels bzw. Stadtrat Lütgens.

Zu Punkt 4) - Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15. Januar 1981

Die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 15. Januar 1981 hat im Büro des Stadtpräsidenten zur Einsicht ausgelegen. Einwendungen wurden nicht erhoben. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

Stadtpräsident weist darauf hin, daß die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 12./13. Februar 1981 - Haushaltsberatung - in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

Zu Punkt 5) - Bürgerfragestunde -

Es liegen keine Bürgeranfragen vor.

Zu Punkt 6) - Geschäftliche Mitteilungen des Stadtpräsidenten -

Es liegen keine Geschäftlichen Mitteilungen vor.

- Kenntnis genommen -

Zu Punkt 7a der Tagesordnung

Personalamt

Kiel, den 04. 03. 1981



Geschäftliche Mitteilung

Wiederwahl der Herren Stadtbaurat Hans Bartels und
Stadtrat Günter Lütgens zu hauptamtlichen Mitgliedern
des Magistrats

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hat mit Erlaß
vom 18. Februar 1981 mitgeteilt, daß er von seinem Wider-
spruchsrecht gem. § 64 Abs. 1 in Verbindung mit § 51 Abs. 6 GO
keinen Gebrauch macht.

Möller

- Kenntnis genommen -

zu Punkt 7b der Tagesordnung

Finanzausschuß
Kämmereiamt

Kiel, den 23 Februar 1981

Geschäftliche Mitteilung für die Ratsversammlung

Betr.: Bericht über die Entwicklung des finanziellen Bauüberhanges

Aufgrund des Beschlusses der Ratsversammlung vom 20. April 1972 ist jährlich ein Bericht über die Entwicklung des finanziellen Bauüberhanges vorzulegen. Zu den per 31. Dezember 1980 durchgeführten Erhebungen wird bemerkt:

Bis zum Stichtag sind auf das gesamte verfügbare Bauvolumen in Höhe von 100,3 Mio DM Aufträge im Werte von 86,4 Mio DM erteilt und Zahlungen in Höhe von 65,7 Mio DM geleistet worden.

Nach Abzug der Zahlungen betragen die restlichen Haushaltsmittel 34,6 Mio DM. In Höhe von 13,9 Mio DM waren am Stichtag noch keine Aufträge erteilt.

Der Auftragsüberhang hat sich gegenüber dem Vorjahre um 4,8 Mio DM auf 13,9 Mio DM verringert. Bei den Haushaltsresten (Zahlungsüberhang) ist eine Minderung um 3,5 Mio DM auf 34,6 Mio DM eingetreten.

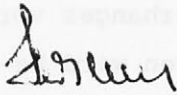
Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 47,8 Mio DM wurden nur mit 17,7 Mio DM in Anspruch genommen.

Ein Vergleich mit dem Vorjahresergebnis (Anlage 2) zeigt, daß sich die geleisteten Ausgaben und die erteilten Bauaufträge sowohl von ihrer absoluten Größenordnung wie insbesondere auch in ihrer Relation zum gesamten verfügbaren Bauvolumen nicht unwesentlich erhöht haben (Ausgaben von 58,9 % auf 65,4 %, Aufträge von 79,8 % auf 86,1 %). Damit haben sich auch die Bauüberhänge abgebaut. Dennoch sind die verbliebenen restlichen Baumittel mit 34,6 Mio DM nach Abzug der tatsächlichen Ausgaben und mit 13,88 Mio DM nach

Abzug der erteilten Bauaufträge - in Höhe der Differenz hätten zumindest Verpflichtungsermächtigungen ausgereicht - noch immer zu hoch. Daher wird das Kämmereiamt weiterhin mit Nachdruck darauf hinwirken, daß von den Ämtern und Betrieben noch mehr auf die Kassenwirksamkeit der Ausgaben geachtet wird und noch mehr von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, Verpflichtungsermächtigungen statt Kassenmittel einzusetzen.

/ Im übrigen wird auf die Anlagen 1, 2 und 3 Bezug genommen.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 2. März 1981 von der Geschäftlichen Mitteilung Kenntnis genommen.



Hochheim

- Kenntnis genommen -

Übersicht über den Bauüberhang
(gegliedert nach Investitionsgruppen)

Anlage 1

- in Tsd. DM -

Stand: 31. 12. 1980

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Schulbau	Sonstiger Hochbau	Straßenbau Beleuchtung Grünanlagen	Stadtentwässerung	Insgesamt
1	Haushaltsreste der noch nicht abgerechneten Baumaßnahmen aus Vorjahren	4.521	8.823	14.744	4.457	32.545
2	Für das Haushaltsjahr 1980 wurden an Haushaltsmitteln bereitgestellt:	16.491	6.692	32.392	12.158	67.733
3	Gesamtes verfügbares Bauvolumen	21.012	15.515	47.136	16.615	100.278
4	Auf dieses Bauvolumen wurden 1980					
	a) Ausgaben geleistet in Höhe von	17.955	10.232	26.994	10.457	65.678
	b) Bauaufträge erteilt in Höhe von	19.980	11.695	41.002	13.710	86.387
6	Es betragen also die restlichen Baumittel:					
	a) nach Abzug der tatsächlichen Ausgaben	3.017	5.283	20.142	6.158	34.600
7	b) nach Abzug der erteilten Bauaufträge	1.032	3.820	6.134	2.905	13.891

Gesamtrechnung und Vorjahresvergleich

Anlage 2

- in Tsd. DM -

Stand: 31. 12. 1980

Lfd. Nr.	B e z e i c h n u n g	1980	1979	+ mehr - weniger	
				absolut	v.H.
1	Haushaltsreste der noch nicht abgerechneten Baumaßnahmen aus Vorjahren	32.545	35.412	- 2.867	- 8,1
2	Für die Haushaltsjahre 1979/80 wurden an Haushaltsmitteln bereitgestellt:	67.733	57.348	+ 10.385	+ 18,1
3	Gesamtes verfügbares Bauvolumen	100.278	92.760	+ 7.518	+ 8,1
	Auf dieses Bauvolumen wurden 1979/80				
4	a) Ausgaben geleistet in Höhe von	65.678	54.701	+ 10.977	+ 20,0
5	b) Bauaufträge erteilt in Höhe von	86.387	74.068	+ 12.319	+ 16,6
	Es betragen also die restlichen Baumittel:				
6	a) nach Abzug der tatsächlichen Ausgaben	34.600	38.059	- 3.459	- 9,1
7	b) nach Abzug der erteilten Bauaufträge	13.891	18.692	- 4.801	- 25,7

Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen

Anlage 3

(gegliedert nach Investitionsgruppen)

- in Tsd. DM -

Stand: 31. 12. 1980

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Schulbau	Sonstiger Hochbau	Straßenbau Beleuchtung Grünanlagen	Stadtentwässerung	Insgesamt
1	Bereitgestellte Verpflichtungsermächtigungen	5.270	7.940	19.919	14.685	47.814
2	Darauf erteilte Bauaufträge	3.570	4.493	6.850	2.825	17.738
3	Nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen mithin:	1.700	3.447	13.069	11.860	30.076
<u>Gesamtrechnung und Vorjahresvergleich</u> - in Tsd. DM - Stand: 31. 12. 1980						
	Bezeichnung	1980	1979	+ mehr - weniger		
				absolut	v.H.	
1	Bereitgestellte Verpflichtungsermächtigungen	47.814	44.565	+ 3.249	+ 7,3	
2	Darauf erteilte Bauaufträge	17.738	17.028	+ 710	+ 4,2	
3	Nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen mithin:	30.076	27.537	+ 2.539	+ 9,2	

Kiel, den 22. 1. 1981

Geschäftliche Mitteilung

Verwendung von Sand auf Spielplätzen als Streugut

Berichterstatter: Herr Stadtrat Lütgens

Auf der Sitzung der Ratsversammlung vom 6. November 1980 wurde von Ratsherrn Küster angeregt zu überlegen, ob der Sand von den Spielplätzen im Winter als Streugut zur Verfügung gestellt werden kann. Dieses Verfahren hätte sich in anderen Städten bewährt, da es gleichzeitig den regelmäßigen Austausch des Sandes gewährleistet. Er bat, hierzu eine Geschäftliche Mitteilung vorzulegen.

Von der Möglichkeit zur Entnahme von Sand aus den Sandkisten der öffentlichen Spielplätze als Streugut haben die Bürger durch die Presse Kenntnis erhalten. In welchem Umfang hiervon Gebrauch gemacht wird, kann abschließend noch nicht gesagt werden.

Unabhängig davon wird der Sand aus den öffentlichen Spielplätzen grundsätzlich einmal jährlich gewechselt. 1980 standen dafür bei der Haushaltsstelle 4685/511 "Unterhaltung der Spielplätze" insgesamt 95.000, -- DM zur Verfügung. Diese Summe war ausreichend, um den Sandwechsel auf den 124 öffentlichen Kinderspielplätzen durchzuführen.

Wenn Sandkisten durch die Entnahme ganz oder teilweise geleert sind, werden sie möglicherweise für einen begrenzten Zeitraum zu Beginn des Jahres - bis der Sand wieder aufgefüllt ist - nicht bespielbar sein. Nach Angaben des Gartenamtes kann der Austausch des Sandes innerhalb von 4-6 Wochen im Frühjahr abgewickelt werden. Dieses ist u. E. zu verantworten.

Der Magistrat hat diese Mitteilung in seiner Sitzung am 25.02.1981 zur Kenntnis genommen.

gez. Lütgens

- Kenntnis genommen -

Geschäftliche Mitteilung

Artikel von Herrn Schück im MARKT vom 18.2.81
"4 Millionen Mark fehlen"

Der Verfasser hat am 7.1.81 an das Presseamt vier Fragen gerichtet, die das Sanierungsgebiet Gaarden betreffen. Die Frage 3 bezog sich auf den Sachverhalt, mit dem sich der Artikel vom 18.2.81 auseinandersetzt. Die Zitate sind meiner Antwort auf diese Frage, die ich mit den anderen am 20.1.81 an das Presseamt gab, entnommen. Meine Antwort lautet:

"Mittelüberhänge bei Sanierungsmaßnahmen sind in der gesamten Bundesrepublik zu verzeichnen. Sie sind Folge des allgemein langsamen Ablaufes von Sanierungsmaßnahmen sowie des relativ neuen und komplizierten Rechtsinstrumentariums des Städtebauförderungsgesetzes. Die Handhabung dieser Aufgabe und des Instrumentes hat überall, d.h. auch bei den Gemeinden und Sanierungsträgern, zunächst Schwierigkeiten ergeben, die zum Teil durch mangelnde Erfahrung, zum Teil auch durch Personalknappheit noch verstärkt wurden. Da die Verzögerungen überwiegend nicht vorausgesehen werden konnten und deshalb bei den Mittelanmeldungen keine Berücksichtigung fanden, entstanden bei den Ländern Mittelüberhänge. Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hatte die Gemeinden daraufhin aufgefordert, die Überhänge abzubauen. Das ist in Kiel auch weitgehend erreicht worden. Dennoch ließ sich nicht vermeiden, daß der von Ihnen genannte Betrag an Bundes- und Landesmitteln der Stadt nicht mehr zur Verfügung steht und erneut beantragt werden muß.

Dennoch genießt die Sanierung Gaarden - wie auch im gleichen Erlaß des Innenministers bestätigt - weiterhin hohe Priorität und wird entsprechend der Notwendigkeit durch Bund, Land und die Stadt weiter finanziert werden."

Zu dem Artikel vom 18.1.81 ist festzustellen:

Die Frist für die Inanspruchnahme bewilligter Mittel in Höhe von rd. 2.563 Mio. DM (je zur Hälfte Bund und Land) - nicht 4 Mio. DM ! - ist vom Innenministerium mit Erlaß vom 4.11.80 nicht mehr verlängert worden. Das IM

geht in dem Erlaß davon aus, daß die 1981 zur Verfügung stehenden Landes- und Bundesmittel sowie Verkaufserlöse der städtischen Grundstücke die zu erwartenden Ausgaben abdecken. Es bietet für den Fall von Finanzierungsschwierigkeiten jedoch Ausnahmeregelungen an.

Ob die Mittel "verfallen" sind, wird erst die Reaktion des IM auf die von ihm anheimgestellte Neubeantragung zu einem späteren Zeitpunkt, nämlich dann, wenn die Mittel benötigt werden, zeigen. Sie "fehlen" deshalb auch nicht. Und von einem "Schaden" kann nicht die Rede sein.

Schließlich ist es eine böswillige Unterstellung, die Angelegenheit mit der "Vergeßlichkeit eines Bediensteten" in Verbindung zu bringen.

Bei dem "geheimen" Geschäftsvermerk der KSS handelt es sich um eine ganz normale Mitteilung der KSS an die Stadt, die wie der Schriftwechsel zwischen allen Partnern und der Stadt, selbstverständlich nicht an die Presse gegeben oder sonst wie weit gestreut wurde, aber keineswegs den Vermerk "geheim" trägt. Im übrigen ist der Sachverhalt falsch wiedergegeben.

Ich habe am 2.3.81 das Presseamt gebeten, von Herrn Schück eine Richtigstellung zu verlangen.

B a r t e l s

- Kenntnis genommen -

Zu Punkt 8 a der Tagesordnung

Günter Schmidt-Brodersen
CDU-Ratsherrenfraktion

2300 Kiel, den 03.03.1981

Drucksache 99

Folgende KLEINE ANFRAGE bitte ich, auf die Tagesordnung der Ratsversammlung am 19.3.81 zu setzen:

Ich frage den Magistrat:

- 1) Seit wann ist dem Magistrat bekannt, daß auf dem Grundstück Bergstraße 8 eine Turnhalle an der Grundschule Muhliusstraße gebaut werden soll ?
- 2) Wann waren die Renovierungsarbeiten in dem Wohnhaus Bergstraße 8 abgeschlossen und wie hoch waren die Renovierungskosten ?
- 3) Wie hoch waren die Kosten für den Ein- und Auszug der nur für kurze Zeit in das Wohnhaus Bergstraße 8 eingewiesenen Mieter und wer hat diese Kosten getragen ?
- 4) Zu welchem Zeitpunkt und von wem wurde der Abbruch des Hauses Bergstraße 8 angeordnet ?

Begründung

Seit längerer Zeit ist mir bekannt, daß an der Grundschule Muhliusstraße etwa 1980/81 eine Turnhalle gebaut werden soll. Trotzdem sind in dem Haus Bergstraße 8 die Wohnungen 1979 mit erheblichen Mitteln renoviert worden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.


(Günter Schmidt-Brodersen)
Ratsherr

Herr Stadtrat L ü t g e n s beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Magistrats.

- Kenntnis genommen -

Zu Punkt 8 b der Tagesordnung

CDU-Ratsherrenfraktion

2300 Kiel, den 24.02.1981

Drucksache 100

Betr.: Verkehrssituation am Bahnübergang in Suchsdorf

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

namens der CDU-Ratsherren-Fraktion stelle ich zur Ratsversammlung am 19.3.1981 folgende

Kleine Anfrage:

Die Finanzierung des Autobahnbaues zwischen Blickstedt und dem Nordmarksportfeld ist, wie man Presseberichten entnehmen konnte, erheblich gestreckt worden.

Das Planfeststellungsverfahren der Bundesbahn zur Verlegung des Suchsdorfer Bahnhofes und zum höhengleichen Bahnübergang ist noch nicht abgeschlossen. Es wird durch Klagen der Gemeinde Kronshagen und ihrer Bürger aufgehalten.

Das Fehlen besonderer Sicherheitseinrichtungen für den Bahnbetrieb bewirkt, daß sehr lange Schrankenschließzeiten vorgeschrieben sind.

Im Namen der CDU-Ratsherren-Fraktion stelle ich folgende Fragen an den Magistrat:

1. Wann werden die einzelnen Bauabschnitte der Autobahn zwischen Blickstedt und der Eckernförder Straße fertig sein?
2. Wann wird der Betrieb der Bundesbahn durch besondere Einrichtungen so gesichert sein, daß erheblich kürzere Schrankenschließzeiten möglich sind?
3. Wie beurteilt der Magistrat die künftige Verkehrssituation am Bahnübergang in Suchsdorf unter Berücksichtigung
 - der Verzögerungen beim Bau der Autobahn,
 - der Verzögerungen im Planfeststellungsverfahren der Bundesbahn,
 - von Schrankenschließzeiten, die nicht gegen Vorschriften der Bundesbahn verstoßen?

Weitere Begründung erfolgt mündlich!

f.d.R.

gez. Peter Boysen

Bei der Beratung der Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß diese Anfrage in der heutigen Sitzung vom Magistrat nicht beantwortet werden kann.

Auf Anfrage von Stadtpräsident, ob Ratsherr Boysen seine Anfrage schriftlich beantwortet haben möchte, bittet dieser, ihm die Antwort in der nächsten Ratssitzung zu geben.

Zu Punkt 8 c der Tagesordnung

CDU-Ratsherrenfraktion

2300 Kiel, den 24.02.1981

Drucksache 101

✓✓

Betr.: Räumung der öffentl. Plätze durch die Schausteller
nach den "Kieler Umschlag"

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

namens der CDU-Ratsherren-Fraktion stelle ich zur Ratsversammlung
am 19.3.1981 folgende

Kleine Anfrage:

Ist es möglich, daß nach Beendigung des "Kieler Umschlages"

- a) der Rathausvorplatz,
- b) der Parkplatz Kehdenstraße und
- c) die Haltplätze bei der Bundespost in der Falckstraße/
Dänische Straße

von den beteiligten Schaustellern schneller geräumt werden können?

B e g r ü n d u n g :

Die Flächen zu b) und c) sind erst am 23.1.1981 von den hier
stehenden Schaustellern (Zelte) geräumt worden.
M.E. ist es nicht zu vertreten, daß die knappen Kurzparkplätze
in der Innenstadt so lange blockiert werden.
Der Rathausvorplatz war am 26.1.1981 noch nicht vollständig
von den Wohnwagen geräumt worden. Die hier herumstehenden Fahr-
zeuge beeinträchtigen im erheblichen Maße das Gesamterscheinungs-
bild des Vorplatzes negativ.
Für die zukünftigen "Kieler Umschläge" sollte dafür Sorge ge-
tragen werden, daß die Räumung der Flächen in einer angemessenen
Zeit erfolgt.

f.d.R.

gez. Hans-Joachim Lange

Doell

Herr Stadtbaurat Bartels beantwortet die Kleine Anfrage
im Namen des Magistrats.

- Kenntnis genommen -

Zu Punkt 32 d der Tagesordnung (Magistrat)

Zu Punkt 8 d der Tagesordnung (RV)

SPD-Fraktion

Kiel, den 16. März 1981

Drucksache 130

K l e i n e A n f r a g e

Weckzeiten im Städtischen Krankenhaus

Ich frage den Magistrat,

1. Welche Gründe sind für die gegenwärtige Praxis der frühen Weckzeiten der Patienten im Städtischen Krankenhaus verantwortlich,
 - a) handelt es sich um betriebliche,
 - b) um medizinisch-therapeutische,
 - c) sonstige Gründe ?
2. Besteht die Möglichkeit, die gegenwärtige Praxis zu ändern ?

Begründung:

Von Patienten des Städtischen Krankenhauses wird immer wieder darüber geklagt, dass sie morgens bereits gegen 4,00 Uhr geweckt werden. Dies wird als sehr unangenehm empfunden, da es von den sonstigen Lebensgewohnheiten abweicht. Es ist darüber hinaus nicht mit den Forderungen nach einem "humanen Krankenhaus" vereinbar.

gez. Ewald Breitkopf

F. d. R.

Diese Kleine Anfrage wurde mit einer Zusammenstellung nachgereicht, die Dringlichkeit bei der Beratung der Tagesordnung anerkannt.

Herr Stadtrat Dr. M o l l beantwortet die Anfrage im Namen des Magistrats.

- Kenntnis genommen -

F.D.P.-Fraktion

Kiel, den 19. 12. 1980

Drucksache 11

Betr.: Auswirkungen neuzeitlicher Technologien zur Energieeinsparung

Ich frage den Magistrat:

1. Welche Technologien sind dem Magistrat bekannt, mit denen Energie eingespart werden kann?
2. Ist dem Magistrat bekannt, in welchem Umfang solche Technologien bisher in Kiel eingesetzt und geplant sind?
3. Werden derartige Einrichtungen Privater von seiten der Stadt Kiel finanziell gefördert?
4. Bestehen für bestimmte Energieeinsparungseinrichtungen baurechtliche Auflagen?
5. Wenn ja, sind aufgrund solcher Auflagen bereits Ablehnungen ausgesprochen worden?
6. Beabsichtigt der Magistrat, beispielsweise für Solardächer und Wärmetauscher besondere Gestaltungsrichtlinien zu erlassen?
7. Ist dem Magistrat bekannt, wieviele Grundwasserwärmepumpen in Kiel in Betrieb sind?
8. Ist für den Betrieb von Grundwasserwärmepumpen eine wasserrechtliche Genehmigung erforderlich?
9. Muß die Anzahl von Grundwasserwärmepumpen begrenzt werden, um eine Effektivität dieser Einrichtungen zu gewährleisten?
10. Wie wirkt sich der Betrieb derartiger Wärmepumpen auf das Grundwasser aus?
11. Hat der Betrieb von Grundwasserwärmepumpen im Bereich von Trinkwasserbrunnen Einfluß auf die Trinkwasserversorgung?

Begründung:

Mit ihrer Großen Anfrage möchte die F.D.P.-Fraktion einen Überblick über den Einsatz und über die Auswirkungen neuzeitlicher Technologien zur Energieeinsparung bekommen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez. Uwe Petersen

Die Antwort zu der Großen Anfrage wurde zu Beginn der Sitzung auf den Tisch gelegt.

f.d.R.

Wandkowsky

Herr Stadtbaurat Bartels macht dazu noch ergänzende Ausführungen.

- Kenntnis genommen -

Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion vom 19.12.80
"Auswirkungen neuzeitlicher Technologien zur
Energieeinsparung"

Im Namen des Magistrats beantworte ich die o.g. Große
Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Dem Magistrat sind eine Reihe von Technologien auf ver-
schiedenen Gebieten zur Einsparung von Energie bekannt;
sie in ihrer Gesamtheit aufzuzählen, würde den Rahmen
dieser Beantwortung sprengen. Es wird in diesem Zusammen-
hang auf die vom Bundesministerium für Forschung und
Technologie zur Unterrichtung der Allgemeinheit herausge-
gebenen Veröffentlichung "Programm Energieforschung und
Energietechnologien 1977-1980" hingewiesen; sie wurde
jedem Ratsmitglied überreicht.

Zu 2.:

Wegen der unter 1. aufgezeigten Vielfalt gibt es keine
Übersicht.

Zu 3.:

Maßnahmen zur Einsparung von Energie in Wohnhäusern werden
auf Antrag und im Rahmen der zugewiesenen Kontingentmittel
nach dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz des
Bundes mit Zuschüssen oder Darlehen gefördert.

Darüber hinaus fördert auch die Landeshauptstadt Kiel der-
artige Maßnahmen nach ihrem Modernisierungsprogramm mit
Eigentmitteln im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglich-
keiten mit Zuschüssen.

Zu 4.:

Nein; es gibt keine besonderen baurechtlichen Auflagen,
sondern nur die für alle Baumaßnahmen geltenden Gesetze
und Rechtsverordnungen.

Zu 5.:

Bis jetzt sind keine Kollisionen mit diesen allgemeinen Bestimmungen aufgetreten.

Zu 6.:

Es sind vorerst keine Gestaltungsrichtlinien notwendig, weil die technische Entwicklung und ihre praktische Realisierung erst am Anfang stehen. Im übrigen würden derartige Richtlinien, die über die Anforderungen des § 14 LBO hinausgehen, die Anwendung neuer Technologien nur erschweren.

Zu 7.:

Ja; in der Landeshauptstadt Kiel ist eine Grundwasserpumpe in Betrieb.

Zu 8.:

Ja; es ist eine Erlaubnis nach § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes erforderlich.

Zu 9.:

Zu 10.:

Zu 11.:

Auf den Gebieten der Fragen 9., 10. und 11. liegen z.Zt. keine ausreichenden Erfahrungen vor. Über den zukünftigen Einsatz von Wärmepumpen hat der Bundesminister für Forschung und Technologie eine Studie beim Batelle-Institut e.V., Frankfurt/Main, in Auftrag gegeben. Diese Studie - "Wärmepumpen für Heizung, Kühlung und Wärmerückgewinnung 1976-1990" - wurde 1979 im Verlag TÜV Rheinland GmbH, Köln, veröffentlicht. In dieser Studie wird u.a. auch die Technik-Folgeabschätzung über den Grundwasser-Wärmepumpen-Betrieb durchgeführt mit den Teilbereichen: Ökologie, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Hinweise enthält auch die Fichtner-Studie "Entwicklung eines Energieversorgungskonzeptes für die Stadt Kiel", die im Auftrage der Stadtwerke Kiel erstellt wurde.

B a r t e l s

Zu Punkt **10** der Tagesordnung

SPD-Ratsherrenfraktion

Kiel, den 02. März 1981

Drucksache 93

A n t r a g

zur Sitzung der Ratsversammlung am 19. März 1981

Betrifft: Ausschußbesetzung

Namens der SPD-Ratsherrenfraktion stelle ich folgenden Antrag:

Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Sportausschusses wird - anstelle des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Dieter Diesel, der weiter Mitglied des Sportausschusses bleibt - Ratsherr Hendrik Nykamp gewählt.

gez. Holger Ipsen

f.d.R.
[Handwritten signature]

Beschluß: Nach Antrag - einstimmig -

Drucksache 93

Betrifft: Ausschußumbesetzungen

A n t r a g

zur Sitzung der Ratsversammlung am 19. März 1981

Namens der SPD-Ratsherrenfraktion stelle ich folgende Anträge zur Umbesetzung von Ausschüssen mit sofortiger Wirkung:

Ausschuß für Entwicklungsplanung

Ratsherr Detlef von Schlieben wird als Nachfolger des ausgeschiedenen Mitglieds Hartmut Lippe in den Ausschuß für Entwicklungsplanung gewählt.

Gesundheitsausschuß

Das bisherige bürgerliche Mitglied im Gesundheitsausschuß, Detlef von Schlieben, bleibt als Ratsherr Mitglied des Gesundheitsausschusses.

Umweltausschuß

Ratsherr Detlef von Schlieben wird als Nachfolger des ausgeschiedenen Mitglieds Hartmut Lippe in den Umweltausschuß gewählt.

Wirtschaftsausschuß

Ratsherr Detlef von Schlieben wird als Nachfolger des ausscheidenden Mitglieds Holger Ipsen in den Wirtschaftsausschuß gewählt.

gez. Otto Balzersen

f.d.R.


Beschluß: Nach Antrag - einstimmig -

Zu Punkt 35 der Tagesordnung (Magistrat)

Zu Punkt 10 der Tagesordnung (RV)

SPD-Fraktion

Kiel, den 16. März 1981

Drucksache 93

Betrifft: Ausschußbesetzung

A n t r a g

zu Pkt. 10) der Tagesordnung der Ratsversammlung am 19.3.1981
"Ausschußumbesetzungen"

Als Nachfolgerin für das durch Tod ausgeschiedene Mitglied
Kurt Krautwurst wird als bürgerliches Mitglied im Vertriebenen-
ausschuß

Frau Helga Lüth-Preuß

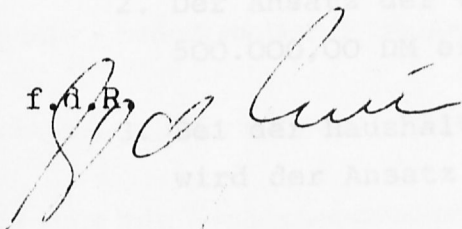
Wohldkoppel 10

23 K i e l 14

gewählt.

gez. Holger Ipsen

f. d. R.



Dieser Antrag wurde mit einer Zusammenstellung nachgereicht, die Dringlichkeit
bei der Beratung der Tagesordnung anerkannt.

Beschluß: N a c h A n t r a g - einstimmig -

Zu Punkt 11 der Tagesordnung

CDU-Ratsherrenfraktion

2300 Kiel, den 10.03.1981

Drucksache 102

A n t r a g

zur Sitzung der Ratsversammlung am 19.3.1981

Namens der CDU-Ratsherrenfraktion stelle ich hiermit zur Sitzung der Ratsversammlung am 19.3.1981 folgenden Antrag:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

1. Bei der Haushaltsstelle 63.510 (Unterhaltung der Gemeindestraßen) wird die fünfprozentige Haushaltssperre aufgehoben.
2. Der Ansatz der vorbezeichneten Haushaltsstelle wird um 500.000,00 DM erhöht.
3. Bei der Haushaltsstelle 63.951.950 (Schwarzdeckenprogramm) wird der Ansatz um 500.000,00 DM erhöht.
4. (Deckungsvorschlag folgt)

Begründung:

Unter Berücksichtigung der bisherigen Haushaltsansätze besteht für die Straßenunterhaltung ein geschätzter Zusatzbedarf von ca. 2.000.000,00 DM.

Nachdem bereits in den Vorjahren - entgegen den Anträgen der CDU-Ratsherrenfraktion - von der Mehrheit der Ratsversammlung stets zu niedrige Haushaltsansätze beschlossen worden waren und daher schon seit langem unaufschiebbare Maßnahmen nicht mehr durchgeführt werden konnten, hat die SPD-Ratsherrenfraktion auch bei den Beratungen des Haushaltes 1981 die dringend erforderliche Erhöhung der beiden im Antrag bezeichneten Haushaltsstellen verweigert.

Diese Entwicklung läßt unter Berücksichtigung der im letzten Winter neu aufgetretenen Winterschäden befürchten, daß die Straßenunterhaltung in der Stadt Kiel in Kürze vollends zusammenbrechen wird.

(Heilig)

Ratsherr

Ratsherr Heilig stellt namens der CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag, der die Ziffern 1 - 4 des bisherigen Antrages ersetzt :

1. Bei der Haushaltsstelle 63.510 - Unterhaltung der Gemeindestraßen - wird die fünfprozentige Haushaltssperre aufgehoben.
2. Bei der vorbezeichneten Haushaltsstelle wird einer überplanmäßigen Ausgabe von 500.000,-DM zugestimmt.
3. Bei der Haushaltsstelle 63.951.950 - Schwardeckenprogramm - wird einer überplanmäßigen Ausgabe von 500.000,-DM zugestimmt.

Ratsherr

Zu Punkt 12 der Tagesordnung

Ratsherr Petersen beantragt namens der F.D.P.-Fraktion, zunächst über den Punkt 1 des Antrages und dann über die Punkte 2 und 3 abzustimmen.

Beschluß über den Antrag zu 1 : Mit Mehrheit a b g e l e h n t

Beschluß über die Anträge zu 2 und 3 : Mit Mehrheit a b g e l e h n t.

Über die ursprüngliche Drucksache 102 vom 10. März 1981, die durch diesen Änderungsantrag ersetzt wurde, wird nicht mehr abgestimmt.

Sehr geehrter Herr Stadtpresident,

Im Namen der CDU-Ratsherrn-Fraktion stelle ich zur nächsten Ratssitzung am 19. März 1981 folgendes

Gegen die Personen, die widerrechtlich das Haus Sophienstraße 14, Herzog-Friedrich-Straße 21 besetzt halten, ist Strafantrag zu stellen.

Begründung erfolgt mündlich.

r.d.R.

gez. Karl Diskmann

Recht

Stadtpresident Johanning erteilt Stadtrat Sauerbaum das Wort.

Bevor Stadtrat Sauerbaum spricht, werden von der rechten Tribüne Pflanzblätter in den Sitzungssaal geworfen und ein Transparent entrollt. Die Anwesenden beginnen rhythmisch zu klatschen.

Stadtpresident bittet, das Transparent einzurufen und Ruhe zu schaffen, da anwesende Bürger nicht in den Lauf der Verhandlungen eingreifen dürfen. Nachdem die Unruhe weitergeht, unterbricht der Stadtpresident die Sitzung von 18.17 bis 18.25 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung legt Stadtrat Sauerbaum den namens der CDU-Fraktion gestellten Antrag und bittet um, daß dieser Antrag einer Prioritätsliste beibrachtet, von dem niemand der Politiker heute überhaupt Kenntnis hat, daß er die vorgeschriebene

CDU-Ratsherrenfraktion

2300 Kiel, den 12.03.1981

Drucksache 103

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

im Namen der CDU-Ratsherren-Fraktion stelle ich zur nächsten Ratsversammlung am 19. März 1981 folgenden

A n t r a g :

Gegen die Personen, die widerrechtlich das Haus Sophienblatt 14, Herzog-Friedrich-Straße 21 besetzt halten, ist Strafantrag zu stellen.

Begründung erfolgt mündlich.

f.d.R.

gez. Karl Diekelmann

Recht

Stadtpräsident J o h a n n i n g erteilt Stadtrat Sauerbaum das Wort.

Bevor Stadtrat S a u e r b a u m spricht, werden von der rechten Tribüne Flugblätter in den Sitzungssaal geworfen und ein Transparent entrollt. Die Anwesenden beginnen rhythmisch zu klatschen.

S t a d t p r ä s i d e n t bittet, das Transparent einzurollen und Ruhe zu bewahren, da anwesende Bürger nicht in den Lauf der Verhandlungen eingreifen dürfen. Nachdem die Unruhe weitergeht, unterbricht der Stadtpräsident die Sitzung von 16.09 bis 16.30 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung begründet Stadtrat S a u e r b a u m den namens der CDU-Fraktion gestellten Antrag und führt aus, daß dieser Antrag einen Problemkreis beleuchtet, von dem niemand der Politiker heute überheblich feststellen kann, daß er das vorausgesehen

_____ habe

habe oder daß man behaupten könne, es gäbe in Deutschland genug preiswerte Wohnungen. Wir müssen bekennen, daß nicht nur dadurch, daß heute die Jungen früher flügge werden, es zwangsläufig dazu führt, daß sich Bestrebungen ergeben, sich in eigene Wohnungen zurückzuziehen.

Niemand kann billigen, daß Spekulanten Altbauhäuser haben leerstehen lassen, um auf eine lukrative Nutzung zu warten. Das gilt zwar nicht für Kiel, aber in anderen Städten ergibt sich dieses ernst zu nehmende Problem.

Die CDU hat immer einen Schwerpunkt ihrer Politik im Wohnungsbau gesehen. Das ist die eine Seite. Wenn die Betroffenen dieses Problem aber genau so sachlich sehen würden, wäre das die andere Seite und man könne sich gemeinsam darüber unterhalten. Die Demonstranten erweisen aber den Gutwilligen durch ihre Handlung einen Bärendienst, indem sie dem echten Anliegen nach preisgünstigen Wohnungen andere Argumente unterlegen. Sie versuchen unter dem Deckmantel der Wohnungsnot, in der Öffentlichkeit ihr Mütchen zu kühlen.

Sprecher betont, daß seine Fraktion vorhabe, sachliche Diskussionen zu führen. Offensichtlich können oder wollen die Demonstranten dies aber nicht. Natürlich gibt es einen Kreis von Wohnungsuchenden. Dieser Kreis ist aber nach allen Erkenntnissen nicht der gleiche Kreis, der lautstark und durch Hausbesetzungen demonstriert. Für diese Demonstranten haben wir nur einen knallharten Kurs.

Sprecher führt aus, daß für die CDU-Fraktion die Toleranzschwelle bei Demonstrationen in unserer Demokratie sehr hoch angesetzt sei. Das sei auch ein Beweis für eine starke Demokratie. Ihm persönlich ginge es in erster Linie darum, sachlich und angemessen zu diskutieren. Das bedeute aber, daß man Respekt haben muß vor den Argumenten seines Gesprächspartners und auch zuhören können muß.

- Während der bisherigen Ausführungen von Herrn Sauerbaum werden immer wieder störende Zwischenrufe von der Tribüne gemacht. -

Sprecher wiederholt, daß die CDU sich ausdrücklich zu der Toleranzschwelle bekennt. Sie geht aber gegen diejenigen vor, die die Demokratie Stück für Stück abbauen wollen aus egoistischen Gründen.

Die Zwischenrufe von der Tribüne bleiben nicht nach. Es werden sogar Schimpfworte verwandt. Stadtpräsident macht zum wiederholten Male darauf aufmerksam, daß das unzulässig ist bzw. daß er sich sonst genötigt sieht, wenn die Störungen nicht unterbleiben, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen.

Stadtrat Sauerbaum fährt fort und weist darauf hin, was die Demonstranten wohl für ein Rechtsbewußtsein hätten. Es ginge nicht darum, ob man Hausbesetzer kriminalisiere, sondern darum, daß jeder sich nach dem Recht zu richten habe. Wer sich nicht führt, muß Gefahr laufen, daß er zur Verantwortung gezogen wird. Sprecher betont, daß die CDU-Fraktion Gewalt nicht zulassen werde und daß Lautstärke kein Ersatz für Argumente ist.

Stadtrat Sauerbaum erläutert, daß die Redner es gewohnt sind, sich wechselseitig ausreden zu lassen. Im übrigen suche er sich diejenigen Leute aus (nachdem Zwischenrufe mit Schimpfworten von der Tribüne gefallen sind), von denen er sich beleidigen lasse. Sprecher fährt fort mit dem Satz: "Sie haben denjenigen, denen Sie vorgeben helfen zu wollen, einen bitterbösen Schaden zugefügt."

Hiernach bittet Ratsherr Ruppach, eine Zwischenfrage an Stadtrat Sauerbaum richten zu dürfen, was ihm auch gewährt wird. Er fragt, ob Stadtrat Sauerbaum es für richtig

hält

hält, daß er in seinen Ausführungen Leute anspricht (Gemeint sind die Demonstranten auf der Tribüne), die nach der Geschäftsordnung nicht die Möglichkeit haben, zu antworten.

Daraufhin Beifallskundgebungen durch Klatschen sowohl im Saal unten als auch auf der Tribüne.

Mehrere Mitglieder der CDU-Fraktion schicken sich daraufhin an, den Saal zu verlassen. Stadtpräsident J o h a n n i n g unterbricht daraufhin die Sitzung um 16.43 Uhr und spricht die erneute Bitte an die Demonstranten auf der Tribüne aus, sich an die parlamentarischen Gepflogenheiten zu halten, da er sich sonst gezwungen sähe, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen.

Sitzungsunterbrechung bis 17.44 Uhr.

- In der Zwischenzeit tagte der Ältestenrat, in dem über das weitere Vorgehen beraten wird. -

Nach Wiedereröffnung der Sitzung durch Stadtpräsident J o h a n n i n g erhält Stadtrat D i e k e l m a n n das Wort. Sprecher trägt vor, daß die CDU-Fraktion Anlaß hat, das Verhalten des Stadtpräsidenten zu mißbilligen, weil es der Würde des Hauses abträglich sei. Aber für seine Fraktion steht die Sachbehandlung im Vordergrund. Sie sei auch nicht empfindlich. "Wir machen unter der Bedingung, daß die Würde des Hauses gewahrt wird, weiter", schließt Sprecher.

Stadtrat I p s e n weist die Mißbilligung des Stadtpräsidenten durch die CDU-Fraktion mit Nachdruck zurück. Der Stadtpräsident hat sich korrekt verhalten. Sprecher verweist darauf, daß wir keine Nürnberger Verhältnisse in Kiel wollen.

Stadtpräsident J o h a n n i n g bittet eindringlich die Zuhörer auf der Tribüne, von Beifalls- und Mißfallenskundgebungen abzusehen. Er sei nur gewillt, unter bestimmten Bedingungen die Sitzung fortzusetzen.

Stadtpräsident erteilt zur weiteren Begründung des CDU-Antrages Stadtrat Sauerbaum das Wort.

Stadtrat S a u e r b a u m möchte da anknüpfen, wo er aufgehört hat, und wiederholt noch, daß er in seinen vorherigen Ausführungen festgestellt habe, daß es einem echten Anliegen vieler Jugendlicher entspricht, ein Zuhause zu gründen. Es könne aber nicht gutgeheißen werden, wenn Wohnungen besetzt werden. Das Eigentum anderer muß respektiert werden. Es kann keinen Zweifel geben, daß Hausbesetzungen rechtswidrig sind und den Tatbestand des Hausfriedensbruchs erfüllen. Wer anders als der Eigentümer, so fragt Sprecher, kann agieren. Die Stadt hat die Grundstücke am Sophienblatt für eine neue Nutzung aufgekauft. Der derzeitige Zustand der Häuser verschandelt die gesamte Bahnhofsgegend. Sie können auch nicht als Wohnhäuser bezeichnet werden.

Daraufhin Zwischenrufe von der Tribüne. U.a. fällt auch das Wort "Schweinerei". Dabei stehen mehrere Demonstranten auf und verlassen die Tribüne.

Stadtrat S a u e r b a u m will in seinen Ausführungen nicht fortfahren.

Stadtpräsident J o h a n n i n g hat den Eindruck, daß wohl nun die Mehrzahl der Demonstranten gegangen sei und bittet Stadtrat Sauerbaum, weiterzureden.

- Stadtrat Sauerbaum redet nicht weiter -

Ratsherr P e t e r s e n stellt namens der F.D.P.-Fraktion zur Geschäftsordnung einen Antrag, und zwar fragt er, ob die CDU-Fraktion ihren bisherigen Antrag aufrecht erhält oder einen neuen Antrag einbringt.

Stadtpräsident

Stadtpräsident J o h a n n i n g meint, wir wollen keine Eskalation und bittet erneut Stadtrat Sauerbaum, weiterzureden.

Stadtrat S a u e r b a u m tritt daraufhin erneut an das Rednerpult und meint, irgendwo sind Grenzen. Wir wollen in vernünftiger, sachlicher Form diskutieren. Das geht aber offenbar nicht. Deshalb stellen wir zu diesem und allen weiteren Tagesordnungspunkten einen Vertagungsantrag in der Hoffnung, daß in der nächsten Ratssitzung ungestört beraten werden kann.

Stadtpräsident J o h a n n i n g ruft daraufhin den Punkt "Verschiedenes" auf. Auch dieser Punkt wird v e r t a g t.

Stadtpräsident Johanning schließt die öffentliche Sitzung um 17.57 Uhr.

Johanning
Stadtpräsident

Stadtrat

Stadtrat
Stadtrat

Stadtrat
Stadtrat
Stadtrat

Verschiedenes

Beginn: 18.40

Sitzungsort: ...

Vorsitzender: ...

1. Schriftführer: ...

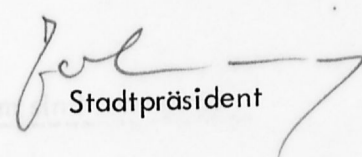
2. Schriftführer: ...

Anwesend: ...

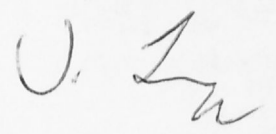
Es fehlen noch: ...

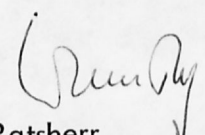
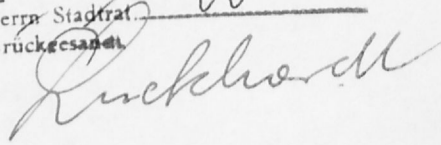
Es fehlen unentgeltlich: ...

Anwesende heute: ...

Außerdem:  Stadtpräsident


Ratsherr
(Schriftführer)




Ratsherr
Stadt Kiel
Oberbürgermeister
- Hauptamt -
1) Widerspruch nein
2) U. OO
Herrn Stadtrat
zurückgesandt


Kiel, den 25.3.81

Kurzniederschrift

über die Sitzung der Ratsversammlung am 19. März 1981

- Nichtöffentliche Sitzung -

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 18.01 Uhr

Sitzungsunterbrechung: Keine

Vorsitzender: Stadtpräsident J o h a n n i n g

1. Schriftführer: Ratsherr H e ß

2. Schriftführer: Ratsherr K r u m r e y

Anwesend:

Stadträte:

~~Balzersen~~, Diekelmann, Diesel, Engelmann,
- ~~Hagelstein~~, Ipsen, Lüth, Sauerbaum, Schöning,
Stegemann

Ratsherren:

Bergien, Dr. Bernhardt, Breitkopf, Boysen,
Frau Detlef, Fröhlich, Günther, ~~Hänsler~~, Heilig,
Dr. Hermann, Heß, Hirte, Frau Hofer, Höfer,
Krumrey, ~~Kuessner~~, Frau Lange, Hans-Joachim
Lange, Wolfgang Lange, ~~Leest~~, Nykamp, Peters,
Petersen, Rapsch, Raupach, Dr. Reimers, Frau
Reyer, Rösser, Rüdell, Graf von Schlieben,
Frau Sievers, Prof. Spickhoff, Stein, Tschorn,
Frau Witt, Frau Zörner-Goetzke

Es fehlen entschuldigt:

Stadträte: Balzersen und Hagelstein,
Ratsherren: Hänsler, Kuessner, Leest

Es fehlen unentschuldigt:

Anwesende hauptamtliche

Oberbürgermeister Luckhardt, Bürgermeister
Hochheim, Stadtbaurat Bartels, Stadtschulrat
Zimmer, Stadtrat Lütgens, Stadtrat Möller,
Stadtrat Dr. Moll

Außerdem sind anwesend:

Mitglieder der Ortsbeiräte, Amtsleiter

./.

Verschiedenes

1) Je eine Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 19.03.1981 erhalten. Der Herr des Stadtpräsidenten und das Rechnungspräsident teilt mit, daß auch alle Punkte der nichtöffentlichen Sitzung vertagt sind.

2) Auszüge erhalten: Öffentliche Sitzung

Von Punkt	2	der Niederschrift	a) 00	z. K. u. w. V.
			b) 01	z. K.
			c) Herr Stadtpräsident	z. K.
" "	3	" "	a) 00	z. K.
			b) 01	z. K. u. w. V.
			c) Herr Stadtpräsident	z. K.
" "	7a	" "	01	z. K.
" "	7b	" "	a) 90	z. K.
			b) 91	z. K.
" "	7c	" "	a) 92	z. K.
			b) 67	z. K.
			c) 71	z. K.
" "	7d	" "	a) 61	z. K.
			b) Stadtbaurat	z. K.
" "	8a	" "	40	z. K.
" "	8b	" "	a) 66	z. K.
			b) Stadtbaurat	z. K.
" "	8c	" "	60	z. K.
" "	8d	" "	52	z. K.
" "	9	" "	65	z. K.
" "	10	" "	a) 00	z. K. u. w. V.
			b) Herr Stadtpräsident	z. K. u. w. V.
			c) 51	z. K. u. w. V.
			d) 05	z. K. u. w. V.
			e) 06	z. K. u. w. V.
			f) 07	z. K. u. w. V.
			g) 08	z. K. u. w. V.
			h) 09	z. K. u. w. V.
			i) 10	z. K. u. w. V.
			j) 11	z. K. u. w. V.
			k) 12	z. K. u. w. V.
			l) 13	z. K. u. w. V.
			m) 14	z. K. u. w. V.
			n) 15	z. K. u. w. V.
			o) 16	z. K. u. w. V.
			p) 17	z. K. u. w. V.
			q) 18	z. K. u. w. V.
			r) 19	z. K. u. w. V.
			s) 20	z. K. u. w. V.
			t) 21	z. K. u. w. V.
			u) 22	z. K. u. w. V.
			v) 23	z. K. u. w. V.
			w) 24	z. K. u. w. V.
			x) 25	z. K. u. w. V.
			y) 26	z. K. u. w. V.
			z) 27	z. K. u. w. V.
			aa) 28	z. K. u. w. V.
			ab) 29	z. K. u. w. V.
			ac) 30	z. K. u. w. V.
			ad) 31	z. K. u. w. V.
			ae) 32	z. K. u. w. V.
			af) 33	z. K. u. w. V.
			ag) 34	z. K. u. w. V.
			ah) 35	z. K. u. w. V.
			ai) 36	z. K. u. w. V.
			aj) 37	z. K. u. w. V.
			ak) 38	z. K. u. w. V.
			al) 39	z. K. u. w. V.
			am) 40	z. K. u. w. V.
			an) 41	z. K. u. w. V.
			ao) 42	z. K. u. w. V.
			ap) 43	z. K. u. w. V.
			aq) 44	z. K. u. w. V.
			ar) 45	z. K. u. w. V.
			as) 46	z. K. u. w. V.
			at) 47	z. K. u. w. V.
			au) 48	z. K. u. w. V.
			av) 49	z. K. u. w. V.
			aw) 50	z. K. u. w. V.
			ax) 51	z. K. u. w. V.
			ay) 52	z. K. u. w. V.
			az) 53	z. K. u. w. V.
			ba) 54	z. K. u. w. V.
			bb) 55	z. K. u. w. V.
			bc) 56	z. K. u. w. V.
			bd) 57	z. K. u. w. V.
			be) 58	z. K. u. w. V.
			bf) 59	z. K. u. w. V.
			bg) 60	z. K. u. w. V.
			bh) 61	z. K. u. w. V.
			bi) 62	z. K. u. w. V.
			bj) 63	z. K. u. w. V.
			bk) 64	z. K. u. w. V.
			bl) 65	z. K. u. w. V.
			bm) 66	z. K. u. w. V.
			bn) 67	z. K. u. w. V.
			bo) 68	z. K. u. w. V.
			bp) 69	z. K. u. w. V.
			bq) 70	z. K. u. w. V.
			br) 71	z. K. u. w. V.
			bs) 72	z. K. u. w. V.
			bt) 73	z. K. u. w. V.
			bu) 74	z. K. u. w. V.
			bv) 75	z. K. u. w. V.
			bw) 76	z. K. u. w. V.
			bx) 77	z. K. u. w. V.
			by) 78	z. K. u. w. V.
			bz) 79	z. K. u. w. V.
			ca) 80	z. K. u. w. V.
			cb) 81	z. K. u. w. V.
			cc) 82	z. K. u. w. V.
			cd) 83	z. K. u. w. V.
			ce) 84	z. K. u. w. V.
			cf) 85	z. K. u. w. V.
			cg) 86	z. K. u. w. V.
			ch) 87	z. K. u. w. V.
			ci) 88	z. K. u. w. V.
			cj) 89	z. K. u. w. V.
			ck) 90	z. K. u. w. V.
			cl) 91	z. K. u. w. V.
			cm) 92	z. K. u. w. V.
			cn) 93	z. K. u. w. V.
			co) 94	z. K. u. w. V.
			cp) 95	z. K. u. w. V.
			cq) 96	z. K. u. w. V.
			cr) 97	z. K. u. w. V.
			cs) 98	z. K. u. w. V.
			ct) 99	z. K. u. w. V.
			cu) 100	z. K. u. w. V.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gibt Stadtpräsident die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse bekannt.

[Handwritten signature]
Stadtpräsident

[Handwritten signature]
Ratsherr
(Schriftführer)

[Handwritten signature]
Ratsherr

Stadt Kiel
der Oberbürgermeister
- Hauptamt -
1.) Widerspruch
2.) U.
Herrn Stadtrat
zurückgesandt.

Kiel, den 31.3.81

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Je eine Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 19.03.1981 erhalten das Büro des Stadtpräsidenten und das Rechnungsprüfungsamt zur Kenntnis.

2) Auszüge erhalten:*ab: 27/3. lua.*Öffentliche Sitzung

Von Punkt	2	der Niederschrift	a) 00 b) 01 c) Büro Stadtpräsident	z.K.u.w.V. z. K. z. K.
" "	3	" "	a) 00 b) 01 c) Büro Stadtpräsident	z. K. z. K. u.w.V. z. K.
" "	7a	" "	01	z. K.
" "	7b	" "	a) 90 b) 60	z. K. z. K.
" "	7c	" "	a) 42 b) 67 c) 71	z. K. z. K. z. K.
" "	7d	" "	a) 61 b) Stadtbaurat	z. K. z. K.
" "	8a	" "	40	z. K.
" "	8b	" "	a) 66 b) Stadtbaurat	z. K. z. K.
" "	8c	" "	60	z. K.
" "	8d	" "	52	z. K.
" "	9	" "	65	z. K.
" "	10	" "	a) 00 b) Büro Stadtpräsident c) 51 d) 06 e) 50 f) 50 g) 72 h) 40.5	z. K. u.w.V. z. K. u.w.V. z. K. u.w.V. z. K. u.w.V. z. K. u.w.V. z. K. u.w.V. z. K. u.w.V. z. K. u.w.V.
" "	11	" "	a) 60 b) 66 c) 90	z. K. z. K. z. K.
" "	12	" "	a) 02 b) 92 c) 64 d) Stadtbaurat	z. K. z. K. z. K. z. K.

Nichtöffentliche Sitzung

- Entfällt da vertagt -

Einen Auszug der Niederschrift über die Sitzung

des Magistrats
der Raterversammlung (nicht-öffentlich)

heute erhalten:

	Betrifft:	Unterschrift - Datum
3210 Stadtpresident	Punkt: 1	Leatin 27/3
03	Punkt: 2, 3, 5, 6	Leatin 27/3
02	Punkt: 2, 3, 7, 8	Leatin 27/3
01	Punkt: 2, 3, 9	Leatin 27/3
8010 Stadtpresident	Punkt: 2, 3, 10	Leatin 27/3
90	Punkt: 2, 4, 11	Leatin 27/3
60	Punkt: 2, 5, 12, 13	Leatin 27/3
62	Punkt: 2, 6	Leatin 27/3
67	Punkt: 2, 7	Leatin 27/3
71	Punkt: 2, 8	Leatin 27/3
64	Punkt: 2, 9	Leatin 27/3
Stadtkoncil	Punkt: 2, 10, 11, 12, 13	Leatin 27/3
40	Punkt: 2, 14	Leatin 27/3
66	Punkt: 2, 15	Leatin 27/3
82	Punkt: 2, 16	Leatin 27/3
65	Punkt: 2, 17	Leatin 27/3
51	Punkt: 2, 18	Leatin 27/3
06	Punkt: 2, 19	Leatin 27/3
50	Punkt: 2, 20	Leatin 27/3

S I T Z U N G

des Magistrats vom
 der Ratsversammlung vom 19.03.1981

Kurzprotokoll

Einen Auszug der Niederschrift über die Sitzung

des Magistrats
 der Ratsversammlung (nicht-)öffentlich

heute erhalten:

A m t	Betrifft:	Unterschrift - Datum
Büro Stadtpräsident	Punkt: } Abschrift }	Luathu 25/3
03	Punkt: }	
00	Punkt: 2, 3, 10,	Luathu 25/3
01	Punkt: 2, 3, 7a,	Lu 27/3
Büro Stadtpräsident	Punkt: 2, 3, 10,	Lu 27/3
90	Punkt: 7b, M,	Ding 27/3
60	Punkt: 7b, 8c, M,	Lu 27/03.81
42	Punkt: 7c,	Lu 27/3
67	Punkt: 7c,	Lu 27/03.81
71	Punkt: 7c,	Lu 27/3
61	Punkt: 7d,	Lu 27/03.81
Stadtbaureat	Punkt: 7d, 8b, 12,	
40	Punkt: 8a,	Lu 27/3
66	Punkt: 8b, M,	Lu 27/03.81
52	Punkt: 8d,	Lu 27/3
65	Punkt: 9,	Lu 27/03.81
51	Punkt: 10,	Lu 27/3
06	Punkt: 10,	Lu 27/3
50	Punkt: 10,	Lu 27/3

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung der Ratsversammlung

am 19. März 1981

Rathaus, Ratssaal

Öffentliche Sitzung

Beginn: 15.06 Uhr

Ende: 17.57 Uhr

Sitzungsunterbrechungen: 16.09 - 16.30 Uhr Unterbrechung

16.43 - 17.44 Uhr Ältestenrat

Anwesend:

Stadträte:

Diekelmann, Diesel, Engelmann, Ipsen,
Lüth, Sauerbaum, Schöning, Stegemann

Ratsherren:

Bergien, Dr. Bernhardt, Breitkopf, Boysen,
Frau Detlef, Fröhlich, Günther, Heilig,
Dr. Hermann, Heß, Hirte, Frau Hofer, Höfer,
Johanning, Krumrey, Küster, Frau Lange, Hans-
Joachim Lange, Wolfgang Lange, Nykamp, Peters,
Petersen, Rapsch, Raupach, Dr. Reimers, Frau
Reyer, Rösser, Rüdell, Graf von Schlieben,
Schmidt-Brodersen, Frau Sievers, Prof.
Spickhoff, Stein, Tschorn, Frau Witt, Frau
Zörner-Goetzke

Anwesende haupt-

amtliche Magi-

stratsmitglieder:

Oberbürgermeister Luckhardt, Bürgermeister
Hochheim, Stadtbaurat Bartels, Stadtschulrat
Zimmer, Stadtrat Lütgens, Stadtrat Möller,
Stadtrat Dr. Moll

Es fehlen

entschuldigt:

Stadträte: Balzersen und Hagelstein
Ratsherren: Hänslar, Kuessner, Leest

Vorsitzender:

Stadtpräsident Johanning

1. Schriftführer:

Ratsherr Heß, Ratsherr Wolfgang Lange

2. Schriftführer:

Ratsherr Krumrey

Außerdem sind

anwesend:

Mitglieder der Ortsbeiräte, Amtsleiter

Die Niederschrift

wurde gefertigt

von:

Herrn Schlicht

- Die der Kurzniederschrift beigefügten Beratungsunterlagen sind auch Bestandteil dieser Niederschrift -

1) Genehmigung der Tagesordnung

Stadtpräsident J o h a n n i n g eröffnet die Sitzung und gratuliert Stadtrat Möller sowie dem Personalratsvorsitzenden Link zu ihrem heutigen Geburtstag. Stadtpräsident teilt mit, daß sich für die heutige Ratssitzung fünf Ratsmitglieder entschuldigt haben. Er stellt die Beschlußfähigkeit der Ratsversammlung fest.

Danach gibt er die Tagesordnung und die vorliegenden Änderungen bekannt.

Die Einladung zu der Sitzung am 19. März 1981 ist rechtzeitig zugestellt worden. Es haben sich folgende Änderungen ergeben:

Mit einer Zusammenstellung wurden nachgereicht:

Zu Punkt 8) - Kleine Anfragen -

Eine weitere Anfrage der SPD-Fraktion betr. Weckdienst im Städt. Krankenhaus

Zu Punkt 10) - Ausschußumbesetzungen -

Ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion

Zu Punkt 15) - Arbeitsplan Kieler Woche 1982 -

Eine Geschäftliche Mitteilung.

Zu Punkt 16) - Erweiterung der Einsatzzentrale einschließlich Nachrichtentechnik -

Eine neue Vorlage, die gegen die mit der Einladung übersandte auszutauschen ist. Stadtpräsident weist darauf hin, daß diese Vorlage in der gestrigen Magistratssitzung v e r t a g t wurde und somit heute nicht beraten wird.

Als neuer Punkt 39)

Eine Dringlichkeitsvorlage, betr. Erstellung eines Marktgebäudes für den Wochenmarkt in Kiel-Schilksee-Süd

Bei den Vorlagen zu Punkt 8, 10, 15, 16 und 39 handelt es sich um dringende Angelegenheiten, zu deren Anerkennung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Widerspruch dagegen wird nicht erhoben. Damit ist die Dringlichkeit dieser Beratungspunkte anerkannt.

Auf den Tisch gelegt wurden vor Beginn der Sitzung:

Zu Punkt 9) - Große Anfragen -

Die Antwort auf die Anfrage der F.D.P.-Fraktion betr. Auswirkungen neuzeitlicher Technologien zur Energieeinsparung.

In der Magistratssitzung am 18. März 1981 ergaben sich weitere Änderungen dadurch, daß

Punkt 8b) - Kleine Anfragen -

- Verkehrssituation am Bahnübergang Suchsdorf -

vom Magistrat heute nicht beantwortet werden kann

und

Punkt 16) - Erweiterung der Einsatzzentrale einschl. Nachrichtentechnik -
vertagt

sowie

Punkt 8) - Stiftung "Leben in alten Häusern" -

der nichtöffentlichen Sitzung in der gestrigen Magistratssitzung zurückgezogen wurde.

Stadtrat I p s e n (SPD) beantragt namens seiner Fraktion, den Punkt 28) - B-Plan Nr. 687 - Kiel-Russee- Drucksache 113 - zu vertagen. Damit ist dieser Punkt v e r t a g t .

Weitere Änderungen liegen nicht vor. Damit ist die Tagesordnung in der geänderten Form genehmigt.

2) Feststellung des Gemeindevahlleiters über das Nachrücken eines Rats-
herrn und Verpflichtung des neuen Ratsherrn durch den Stadtpräsidenten

Stadtpräsident J o h a n n i n g trägt vor, daß der Oberbürgermeister als Gemeindevahlleiter gemäß § 3 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat festgestellt hat, daß Herr Claus Möller mit der Übernahme seines Amtes als hauptamtliches Magistratsmitglied seinen Sitz in der Ratsversammlung mit dem 28. Februar 1981 verloren hat. Oberbürgermeister hat mit Schreiben vom 02. März 1981 mitgeteilt, daß er, nachdem die nächste Bewerberin von der SPD-Liste, Frau Renate Hahn, auf ihre Anwartschaft verzichtet hat, als Nachfolger Herrn Detlef Graf von Schlieben, Wilhelm-Lobsien-Weg 2 f, 2300 Kiel 17, festgestellt hat.

Danach verpflichtet Stadtpräsident Herrn G r a f v o n S c h l i e b e n durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in seine Tätigkeit ein. (§ 33 Abs. 5 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein)

3) Vereidigung von Magistratsmitgliedern

Stadtpräsident J o h a n n i n g trägt vor, daß Herr Stadtbaurat Bartels und Herr Stadtrat Lütgens in der Sitzung der Ratsversammlung am 15. Januar 1981 auf weitere sechs Jahre zu hauptamtlichen Magistratsmitgliedern gewählt und nach § 64 in Verbindung mit § 51 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein erneut von dem Vorsitzenden der Stadtvertretung in öffentlicher Sitzung zu vereidigen sind.

Stadtpräsident vereidigt Stadtbaurat B a r t e l s und Stadtrat L ü t g e n s gemäß § 66 der Gemeindeordnung. Dabei sprechen beide Herren die vom Stadtpräsidenten vorgespochene Eidesformel unter Erhebung der rechten Hand nach.

"Ich schwöre, Verfassung und Gesetze zu beachten
und meine Amtspflichten treu und gewissenhaft zu er-
füllen, so wahr mir Gott helfe."

Anschließend werden die Niederschriften über die Vereidigung vom Stadtpräsidenten und den beiden Vereidigten unterschrieben.

Die Niederschriften über die Vereidigung befinden sich in den Personalakten von Stadtbaurat Bartels bzw. Stadtrat Lütgens.

4) Genehmigung der Niederschrift vom 15. Januar 1981

Die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 15. Januar 1981 hat im Büro des Stadtpräsidenten zur Einsicht ausgelegen. Einwendungen wurden nicht erhoben. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

Stadtpresident weist darauf hin, daß die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 12./13. Februar 1981 - Haushaltsberatung - in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

5) Bürgerfragestunde

- Es liegen keine Bürgeranfragen vor -

6) Geschäftliche Mitteilungen des Stadtpräsidenten

- Es liegen keine Geschäftlichen Mitteilungen vor -

7) Geschäftliche Mitteilungen des Magistrats und des Oberbürgermeisters

a) Wiederwahl der Herren Stadtbaurat Hans Bartels und Stadtrat Günter Lütgens zu hauptamtlichen Mitgliedern des Magistrats

- Kenntnis genommen; ein Abdruck dieser allen Mitgliedern der Ratsversammlung schriftlich vorliegenden Geschäftlichen Mitteilung des Personalamtes ist in der dieser Niederschrift vorgehefteten Kurzniederschrift enthalten -

b) Bericht über die Entwicklung des finanziellen Bauüberhanges

- Kenntnis genommen; ein Abdruck dieser allen Mitgliedern der Ratsversammlung schriftlich vorliegenden Geschäftlichen Mitteilung des Kämmereramtes ist in der dieser Niederschrift vorgehefteten Kurzniederschrift enthalten -

c) Verwendung von Sand auf Spielplätzen als Streugut

Ratsherr Küster meint, daß ihn nicht befriedigen kann, daß nun 5 Monate schon vergangen seien, ohne das was geschehen ist. Er vermisse konkrete Gespräche z. B. mit der KWG und anderen Wohnungsbaugesellschaften. Durch den Gebrauch des Sandes der Sandkisten zum Streuen würden diese jährlich einmal entleert werden. Was auch für die Wohnungsbaugesellschaften ein Vorteil sei, weil der Sand sowieso jährlich ausgewechselt werden sollte.

Man sollte sich nun bemühen, bald Gespräche mit den Wohnungsbaugesellschaften zu führen, um den Kielern im Herbst eine "große Losung" anbieten zu können.

- Kenntnis genommen; ein Abdruck dieser allen Mitgliedern der Ratsversammlung schriftlich vorliegenden Geschäftlichen Mitteilung des Jugendamtes ist in der dieser Niederschrift vorgehefteten Kurzniederschrift enthalten -

d) Artikel von Herrn Schück im Markt vom 18.02.1981 "4 Million Mark fehlen"

- Kenntnis genommen; ein Abdruck dieser allen Mitgliedern der Ratsversammlung schriftlich vorliegenden Geschäftlichen Mitteilung des Stadtbaurates ist in der dieser Niederschrift vorgehefteten Kurzniederschrift enthalten -

8) Kleine Anfragen - Fragestunde

a) Grundstück Bergstraße

- Drs. 99 -

Hierzu liegt folgende Kleine Anfrage von Ratsherrn Schmidt-Brodersen (CDU) vor:

1. Seit wann ist dem Magistrat bekannt, daß auf dem Grundstück Bergstraße 8 eine Turnhalle an der Grundschule Muhliusstraße gebaut werden soll?
2. Wann waren die Renovierungsarbeiten in dem Wohnhaus Bergstraße 8 abgeschlossen und wie hoch waren die Renovierungskosten?
3. Wie hoch waren die Kosten für den Ein- und Auszug der nur für kurze Zeit in das Wohnhaus Bergstraße 8 eingewiesenen Mieter und wer hat diese Kosten getragen?
4. Zu welchem Zeitpunkt und von wem wurde der Abbruch des Hauses Bergstraße 8 angeordnet?

Nachdem Ratsherr Schmidt-Brodersen (CDU) seine Kleine Anfrage verlesen und begründet hat, beantwortet Stadtrat L ü t g e n s (SPD) diese / Anfrage im Namen des Magistrats, wie in Anlage 1 zu dieser Niederschrift wiedergegeben.

- Kenntnis genommen -

b) Verkehrssituation am Bahnübergang Suchsdorf

- Drs. 100 -

- Bei der Beratung der Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß diese Anfrage in der heutigen Sitzung vom Magistrat nicht beantwortet werden kann -

Auf Nachfrage von Stadtpräsident, ob Ratsherr Boysen (CDU) seine Anfrage schriftlich beantwortet haben möchte, bittet dieser, ihm die Antwort in der nächsten Ratssitzung zu geben.

- Kenntnis genommen -

c) Räumung der öffentlichen Plätze durch die Schausteller nach dem "Kieler Umschlag"

- Drs. 101 -

Hierzu liegt folgende Kleine Anfrage von Ratsherrn H.-J. L a n g e (CDU) vor:

Ist es möglich, daß nach Beendigung des "Kieler Umschlages"

- a) der Ratshausvorplatz,
- b) der Parkplatz Kehdenstraße und
- c) die Haltplätze bei der Bundespost in der Falckstraße/
Dänische Straße

von den beteiligten Schaustellern schneller geräumt werden können?

Nachdem Ratsherr H.-J. Lange (CDU) seine Kleine Anfrage verlesen und begründet hat, beantwortet Stadtbaurat B a r t e l s (parteilos)

/ diese Anfrage im Namen des Magistrats, wie in Anlage 2 zu dieser Niederschrift wiedergegeben.

- Kenntnis genommen -

d) Weckzeiten im Städtischen Krankenhaus

- Drs. 130 -

Hierzu liegt folgende Kleine Anfrage von Ratsherrn
B r e i t k o p f (SPD) vor:

1. Welche Gründe sind für die gegenwärtige Praxis der frühen Weckzeiten der Patienten im Städtischen Krankenhaus verantwortlich,
 - a) handelt es sich um betriebliche,
 - b) um medizinisch-therapeutische,
 - c) sonstige Gründe?
2. Besteht die Möglichkeit, die gegenwärtige Praxis zu ändern?

Nachdem Ratsherr Breitkopf (SPD) seine Kleine Anfrage verlesen und begründet hat, beantwortet Stadtrat Dr. M o l l (CDU) diese Anfrage / im Namen des Magistrats, wie in Anlage 3 zu dieser Niederschrift wiedergegeben.

- Kenntnis genommen -

9) Große Anfragen - Fragestunde

a) Auswirkungen neuzeitlicher Technologien zur Energieeinsparung

- Drs. 11 -

Hierzu liegt folgende Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion vor:

1. Welche Technologien sind dem Magistrat bekannt, mit denen Energie eingespart werden kann?
2. Ist dem Magistrat bekannt, in welchem Umfang solche Technologien bisher in Kiel eingesetzt und geplant sind?
3. Werden derartige Einrichtungen Privater von seiten der Stadt Kiel finanziell gefördert?
4. Bestehen für bestimmte Energieeinsparungseinrichtungen baurechtliche Auflagen?
5. Wenn ja, sind aufgrund solcher Auflagen bereits Ablehnungen ausgesprochen worden?
6. Beabsichtigt der Magistrat, beispielsweise für Solardächer und Wärmetauscher besondere Gestaltungsrichtlinien zu erlassen?
7. Ist dem Magistrat bekannt, wieviele Grundwasserwärmepumpen in Kiel in Betrieb sind?
8. Ist für den Betrieb von Grundwasserwärmepumpen eine wasserrechtliche Genehmigung erforderlich?

9. Muß die Anzahl von Grundwasserwärmepumpen begrenzt werden, um eine Effektivität dieser Einrichtungen zu gewährleisten?
10. Wie wirkt sich der Betrieb derartiger Wärmepumpen auf das Grundwasser aus?
11. Hat der Betrieb von Grundwasserwärmepumpen im Bereich von Trinkwasserbrunnen Einfluß auf die Trinkwasserversorgung?

Nachdem Ratsherr P e t e r s e n (F.D.P.) im Namen seiner Fraktion die Große Anfrage verlesen und begründet hat, beantwortet Stadtbaurat B a r t e l s (parteilos) diese im Namen des Magistrats, wie in Anlage 4 zu dieser Niederschrift wiedergegeben. Herr Stadtbaurat B a r t e l s (parteilos) macht dazu noch ergänzende Ausführungen.

- Ratsherr Petersen hat aus Anlaß dieser Anfrage, Stadtrat M ö l l e r (SPD), der heute Geburtstag hat, zugleich aber auch als Vertreter der Mehrheitsfraktion eine Petroleumlampe als Geschenk überreicht - - Kenntnis genommen -

10) Ausschußbesetzung

- Drs. 93 -

Hierzu liegen folgende Anträge der SPD-Fraktion vor:

Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Sportausschusses wird - anstelle des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Dieter Diesel, der weiter Mitglied des Sportausschusses bleibt - Ratsherr Hendrik N y k a m p gewählt.

Ausschuß für Entwicklungsplanung

Ratsherr Detlef von Schlieben wird als Nachfolger des ausgeschiedenen Mitglieds Hartmut Lippe in den Ausschuß für Entwicklungsplanung gewählt.

Gesundheitsausschuß

Das bisherige bürgerliche Mitglied im Gesundheitsausschuß, Detlef von Schlieben, bleibt als Ratsherr Mitglied des Gesundheitsausschusses.

Umweltausschuß

Ratsherr Detlef von Schlieben wird als Nachfolger des ausgeschiedenen Mitglieds Hartmut Lippe in den Umweltausschuß gewählt.

Wirtschaftsausschuß

Ratsherr Detlef von Schlieben wird als Nachfolger des ausscheidenden Mitglieds Holger Ipsen in den Wirtschaftsausschuß gewählt.

Als Nachfolgerin für das durch Tod ausgeschiedene Mitglied Kurt Krautwurst wird als bürgerliches Mitglied im Vertriebenen- ausschuß

Frau Helga Lüth-Preuß
Wohldkoppel 10

2300 Kiel 14

gewählt.

- Der Antrag für den Vertriebenenausschuß wurde mit einer Zusammenstellung nachgereicht, die Dringlichkeit wurde bei der Beratung der Tagesordnung anerkannt -

Beschluß über sämtliche Umbesetzungen:

Nach Antrag
Der Beschluß ergeht einstimmig

- 11) Erhöhung der Ansätze für die Unterhaltung der Gemeinde-
straßen und des Schwarzdeckenprogramms - Drs. 102 -

Hierzu liegt folgender Antrag der CDU-Fraktion vor:

1. Bei der Haushaltsstelle 63.510 (Unterhaltung der Gemeinde-
straßen) wird die fünfprozentige Haushaltssperre aufgehoben.
2. Der Ansatz der vorbezeichneten Haushaltsstelle wird um
500.000,-- DM erhöht.
3. Bei der Haushaltsstelle 63.951.950 (Schwarzdeckenprogramm)
wird der Ansatz um 500.000,-- DM erhöht.
4. (Deckungsvorschlag folgt)

Ratsherr H e i l i g (CDU) begründet den Antrag namens der CDU-
Fraktion und verweist auf die außergewöhnlichen Schäden an den Straßen,
die der vergangene Winter hinterlassen habe. Die CDU wolle verhindern,
daß das Autofahren in Kiel zur Qual wird. Erkundigungen bei der Bauver-
waltung ergaben einen geschätzten Mehrbedarf von 2 Mio. DM für die
dringendsten Reparaturen.

Sprecher stellt dann namens der CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag,
der die Ziffer 1 - 4 des bisherigen Antrages ersetzt:

1. Bei der Haushaltsstelle 63.510 - Unterhaltung der Gemeinde-
straßen - wird die fünfprozentige Haushaltssperre aufgehoben.
2. Bei der vorbezeichneten Haushaltsstelle wird einer überplan-
mäßigen Ausgabe von 500.000,-- DM zugestimmt.
3. Bei der Haushaltsstelle 63.951.950 - Schwarzdeckenprogramm -
wird einer überplanmäßigen Ausgabe von 500.000,-- DM zuge-
stimmt.

Ratsherr P e t e r s e n (F.D.P.) meint es sei bedauerlich, daß der Antrag jetzt so kurz nach den Haushaltsberatungen gestellt wird. Daß ein Nachholbedarf vorliegt, sei möglich, das wird anerkannt. Es muß aber endlich auch der Streusalzeinsatz reduziert werden, der für viele Schäden mit ursächlich ist. Sprecher erwartet von der Bauverwaltung ein Konzept und einen Bericht über den Zustand der Kieler Straßen. Dieser sollte bis zur Beratung des Nachtragshaushalts 1981 vorliegen. Dann wäre seine Fraktion bereit, entsprechende Mittel einzusetzen. Im übrigen würde seine Fraktion Punkt 1. des Änderungsantrages der CDU zustimmen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Ratsherrn H e i l l i g (CDU), K ü s t e r (CDU) und L a n g e (CDU).

Stadtrat I p s e n (SPD) verweist darauf, daß die Ratsversammlung sich mit diesem Thema schon wiederholt beschäftigt hat. Es sei auch offenkundig, daß der Straßenzustand schlecht ist. Zur Zeit sind 3,6 Mio. DM für Straßenbaumaßnahmen insgesamt im Haushalt vorgesehen. Die Bauverwaltung habe seinerzeit darauf hingewiesen, daß 2 Mio. DM mehr erforderlich seien. Man habe aber ablehnen müssen, weil nicht mehr zur Verfügung standen, besser wäre eine Resolution an das Land wegen einer Sonderbedarfszuweisung gewesen. Betonen möchte Sprecher, daß nach dem Ursprungsantrag der CDU ein Deckungsvorschlag gemacht werden sollte. Das ist heute nicht geschehen. Da somit kein Geld da ist, müssen wir den Antrag ablehnen. Es war vorher bekannt, meint Sprecher, daß der Haushalt 1981 mit Risiken behaftet sei. Man muß die Entwicklung abwarten und sehen, ob die Situation beim Nachtrag besser wird. Somit könne erst 1982 was geschehen.

Stadtrat D i e k e l m a n n (CDU) verweist auf das für die Eissporthalle, die wohl doch nicht kommt, bereitstehende Geld. Stadtrat I p s e n (SPD) verweist darauf, daß der Vertrag 2 Jahre Laufzeit hat.

Stadtbaurat B a r t e l s (parteilos) will mit seinen Ausführungen einem Bericht nicht vorgreifen aber der Bestand an schlechten Straßen in Kiel sei sehr groß. Sprecher verweist auf eine vergleichende Untersuchung des Deutschen Institutes für Urbanistik (Difu). Danach entfielen bei der Stadt Kiel vom Investitionsbedarf im Straßenbau bis 1990 gegenüber den anderen untersuchten Städten in %-Sätzen der höchste Anteil von allen Städten auf die Instandsetzung. Für 1980 hätten wir 10,8 Mio. DM benötigt, aber nur 4,6 Mio. DM bekommen. Das geht vom Prinzip her schon viele Jahre so. Man habe in Kiel versucht durch auflegen von Schwarzdecken auf gepflasterten Straßen diesen Mangel zu vertuschen. Nach wenigen Jahren sind die Schäden jedoch noch eklatanter.

Sprecher prophezeit, daß man bei einer Totalübersicht wohl über das Ergebnis erschrecken wird.

Ratsherr Petersen beantragt namens der F.D.P.-Fraktion, zunächst über den Punkt 1 des Antrages und dann über die Punkte 2 und 3 abzustimmen.

Beschluß über den Antrag zu 1):

Mit Mehrheit a b g e l e h n t

Beschluß über den Antrag zu 2) und 3):

Mit Mehrheit a b g e l e h n t

- Über die ursprüngliche Drucksache 102 vom 10. März 1981, die durch diesen Änderungsantrag ersetzt wurde, wird nicht mehr abgestimmt -

12) Hausbesetzung Sophienblatt 14/Herzog-Friedrich-Straße 21 - Drs. 103 -

Hierzu liegt folgender Antrag der CDU-Fraktion vor:

Gegen die Personen, die widerrechtlich das Haus Sophienblatt 14, Herzog-Friedrich-Straße 21 besetzt halten, ist Strafantrag zu stellen.

Stadtpräsident J o h a n n i n g erteilt Stadtrat Sauerbaum das Wort.

Bevor Stadtrat S a u e r b a u m spricht, werden von der rechten Tribüne Flugblätter in den Sitzungssaal geworfen und ein Transparent entrollt. Die Anwesenden beginnen rhythmisch zu klatschen.

S t a d t p r ä s i d e n t bittet, das Transparent einzurollen und Ruhe zu bewahren, da anwesende Bürger nicht in den Lauf der Verhandlungen eingreifen dürfen. Nachdem die Unruhe weitergeht, unterbricht er die Sitzung von 16.09 bis 16.30 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung begründet Stadtrat S a u e r b a u m den namens der CDU-Fraktion gestellten Antrag und führt aus, daß dieser Antrag einen Problembereich beleuchtet, von dem niemand der Politiker heute überheblich feststellen kann, daß er das vorausgesehen habe oder daß man behaupten könne, es gäbe in Deutschland genug preiswerte Wohnungen. Wir müssen bekennen, daß nicht nur dadurch, daß heute die Jungen früher flügge werden, es zwangsläufig dazu führt, daß sich Bestrebungen ergeben, sich in eigene Wohnungen zurückzuziehen.

Niemand kann billigen, daß Spekulanten Altbauhäuser haben leerstehen lassen, um auf eine lukrative Nutzung zu warten. Das gilt zwar nicht für Kiel, aber in anderen Städten ergibt sich dieses ernst zu nehmende Problem.

Die CDU hat immer einen Schwerpunkt ihrer Politik im Wohnungsbau gesehen. Das ist die eine Seite. Wenn die Betroffenen dieses Problem aber genau so sachlich sehen würden, wäre das die andere Seite und man könnte sich gemeinsam darüber unterhalten. Die Demonstranten erweisen aber den Gutwilligen durch ihre Haltung einen Bärendienst, indem sie dem echten Anliegen nach preisgünstigen Wohnungen andere Argumente unterlegen. Sie versuchen unter dem Deckmantel der Wohnungsnot, in der Öffentlichkeit ihr Mütchen zu kühlen.

Sprecher betont, daß seine Fraktion vorhat, sachliche Diskussionen zu führen. Offensichtlich können oder wollen die Demonstranten dies aber nicht. Natürlich gibt es einen Kreis von Wohnungssuchenden. Dieser Kreis ist aber nach allen Erkenntnissen nicht der gleiche Kreis, der lautstark und durch Hausbesetzungen demonstriert. Für diese Demonstranten haben

wir nur einen knallharten Kurs.

Sprecher führt aus, daß für die CDU-Fraktion die Toleranzschwelle bei Demonstrationen in unserer Demokratie sehr hoch angesetzt sei. Das sei auch ein Beweis für eine starke Demokratie. Ihm persönlich ginge es in erster Linie darum, sachlich und angemessen zu diskutieren. Das bedeute aber, daß man Respekt haben muß vor den Argumenten seines Gesprächspartners und auch zuhören können muß.

- Während der bisherigen Ausführungen von Herrn Sauerbaum werden immer wieder störende Zwischenrufe von der Tribüne gemacht -

Sprecher wiederholt, daß die CDU sich ausdrücklich zu der Toleranzschwelle bekennt. Sie geht aber gegen diejenigen vor, die die Demokratie Stück für Stück abbauen wollen aus egoistischen Gründen.

- Die Zwischenrufe von der Tribüne bleiben nicht nach. Es werden sogar Schimpfworte verwandt. S t a d t p r ä s i d e n t macht zum wiederholten Male darauf aufmerksam, daß das unzulässig ist bzw. daß er sich sonst genötigt sieht, wenn die Störungen nicht unterbleiben, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen -

Stadtrat S a u e r b a u m fährt fort und weist darauf hin, was die Demonstranten wohl für ein Rechtsbewußtsein hätten. Es ginge nicht darum, ob man Hausbesetzer kriminalisiere, sondern darum, daß jeder sich nach dem Recht zu richten habe. Wer sich nicht fügt, muß Gefahr laufen, daß er zur Verantwortung gezogen wird. Sprecher betont, daß die CDU-Fraktion Gewalt nicht zulassen werde und daß Lautstärke kein Ersatz für Argumente ist.

Stadtrat Sauerbaum erläutert, daß die Redner es gewohnt sind, sich wechselseitig ausreden zu lassen. Im übrigen suche er sich diejenigen Leute aus (nachdem Zwischenrufe mit Schimpfworten von der Tribüne gefallen sind), von denen er sich beleidigen lasse. Sprecher fährt fort mit dem Satz: "Sie haben denjenigen, denen Sie vorgeben helfen zu wollen, einen bitterbösen Schaden zugefügt."

Hiernach bittet Ratsherr R a u p a c h , eine Zwischenfrage an Stadtrat Sauerbaum richten zu dürfen, was ihm auch gewährt wird. Er fragt, ob Stadtrat Sauerbaum es für richtig hält, daß er in seinen Ausführungen Leute anspricht (Gemeint sind die Demonstranten auf der Tribüne), die nach der Geschäftsordnung nicht die Möglichkeit haben, zu antworten.

Daraufhin Beifallskundgebungen durch Klatschen sowohl im Saal unten als auch auf der Tribüne.

Mehrere Mitglieder der CDU-Fraktion schicken sich daraufhin an, den Saal zu verlassen. Stadtpräsident J o h a n n i n g unterbricht daraufhin die Sitzung um 16.43 Uhr und spricht die erneute Bitte an die Demonstranten auf der Tribüne aus, sich an die parlamentarischen Gepflogenheiten zu halten, da er sich sonst gezwungen sähe, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen.

Sitzungsunterbrechung bis 17.44 Uhr.

- In der Zwischenzeit tagte der Ältestenrat, in dem über das weitere Vorgehen beraten wird -

Nach Wiedereröffnung der Sitzung durch Stadtpräsident J o h a n n i n g erhält Stadtrat D i e k e l m a n n das Wort. Sprecher trägt vor, daß die CDU-Fraktion Anlaß hat, das Verhalten des Stadtpräsidenten zu mißbilligen, weil es der Würde des Hauses abträglich sei. Aber für seine Fraktion steht die Sachbehandlung im Vordergrund. Sie sei auch nicht empfindlich. "Wir machen unter der Bedingung, daß die Würde des Hauses gewahrt wird, weiter", schließt Sprecher.

Stadtrat I p s e n weist die Mißbilligung des Stadtpräsidenten durch die CDU-Fraktion mit Nachdruck zurück. Der Stadtpräsident hat sich korrekt verhalten. Sprecher verweist darauf, daß wir keine Nürnberger Verhältnisse in Kiel wollen.

Stadtpräsident J o h a n n i n g bittet eindringlich die Zuhörer auf der Tribüne, von Beifalls- und Mißfallenskundgebungen abzusehen. Er sei nur gewillt, unter bestimmten Bedingungen die Sitzung fortzusetzen. Stadtpräsident erteilt zur weiteren Begründung des CDU-Antrages Stadtrat Sauerbaum das Wort.

Stadtrat S a u e r b a u m möchte da anknüpfen, wo er aufgehört hat und wiederholt noch, daß er in seinen vorherigen Ausführungen festgestellt habe, daß es einem echten Anliegen vieler Jugendlicher entspricht, ein Zuhause zu gründen. Es könne aber nicht gutgeheißen werden, wenn Wohnungen besetzt werden. Das Eigentum anderer muß respektiert werden. Es kann keinen Zweifel geben, daß Hausbesetzungen rechtswidrig sind und den Tatbestand des Hausfriedensbruchs erfüllen. Wer anders als der Eigentümer, so fragt Sprecher, kann reagieren. Die Stadt hat die Grundstücke am Sophienblatt für eine neue Nutzung aufgekauft. Der derzeitige Zustand der Häuser verschandelt die gesamte Bahnhofsgegend. Sie können auch nicht als Wohnhäuser bezeichnet werden. Daraufhin Zwischenrufe von der Tribüne. U. a. fällt auch das Wort "Schweinerei". Dabei stehen mehrere Demonstranten auf und verlassen die Tribüne.

Stadtrat S a u e r b a u m will in seinen Ausführungen nicht fortfahren.

Stadtpräsident J o h a n n i n g hat den Eindruck, daß wohl nun die Mehrzahl der Demonstranten gegangen sei und bittet Stadtrat Sauerbaum, weiterzureden.

- Stadtrat Sauerbaum redet nicht weiter -

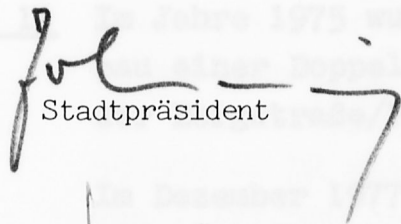
Ratsherr P e t e r s e n stellt namens der F.D.P.-Fraktion zur Geschäftsordnung einen Antrag, und zwar fragt er, ob die CDU-Fraktion ihren bisherigen Antrag aufrecht erhält oder einen neuen Antrag einbringt.

Stadtpräsident J o h a n n i n g meint, wir wollen keine Eskalation und bittet erneut Stadtrat Sauerbaum, weiterzureden.

Stadtrat S a u e r b a u m tritt daraufhin erneut an das Rednerpult und meint, irgendwo sind Grenzen. Wir wollen in vernünftiger, sachlicher Form diskutieren. Das geht aber offenbar nicht. Deshalb stellen wir zu diesem und allen weiteren Tagesordnungspunkten einen Vertagungsantrag in der Hoffnung, daß in der nächsten Ratssitzung ungestört beraten werden kann.

Stadtpräsident J o h a n n i n g ruft daraufhin den Punkt "Verschiedenes" auf. Auch dieser Punkt wird v e r t a g t .

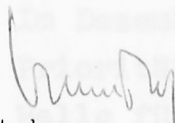
Die Stadtpräsident Johanning schließt die öffentliche Sitzung um 17.57 Uhr.



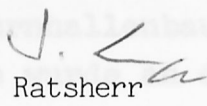
Stadtpräsident



Ratsherr



Ratsherr
Schriftführer



Ratsherr

Seidel 9/4

In Januar 1976 hatten Sportausschuß und Schulausschuß und zeitlich daran anschließend der Magistrat vorgeschlagen, den Turmhallenbau an der Muhlenschule im MIP 1978 - 82 aufzuheben, und sich für den Baubeginn 1980 ausgesprochen.

Bei der Haushaltsberatung 1979 am 14. und 15. Dez. 1978 wurde die Aufnahme dieser Baumaßnahme in die MIP 1978/82 durch die Ratversammlung abgelehnt.

Von Schulausschuß wurde daraufhin der Bau dieser Turmhalle zur Aufnahme in die MIP 1979/83 mit Baubeginn 1983 vorgeschlagen.

Aufgrund dieser eindeutigen Fakten konnte davon ausgegangen werden, daß der Bau der Turmhalle tatsächlich erst im Jahre 1983 oder später begonnen werden würde.

Daher entschloß sich der Sozialrat im Sommer 1979, das zum tatsächlichen Baubeginn abbrechende Wohnhaus Bergstraße 8 provisorisch herzurichten und für die Restzeit von 3 Jahren zur Unterbringung einkommensschwacher, kinderreicher und obdachloser Familien zu nutzen. Insgesamt fanden 28 Personen ein neues Zuhause.

Die Kleine Anfrage des Ratsherrn Schmidt-Broderson,
CDU-Fraktion, wird vom Magistrat wie folgt beantwortet:

zu 1: Im Jahre 1975 wurden erste Vorstellungen für den Neubau einer Doppelturnhalle für die Muhliusschulen an der Bergstraße/Philosophengang entwickelt.

Im Dezember 1977 beschloß die Ratsversammlung eine Prioritätenliste für den Turnhallenbau in Kiel; die Halle für die Muhliusschule wurde an die 5. Stelle gesetzt.

Im Januar 1978 hatten Sportausschuß und Schulausschuß und zeitlich daran anschließend der Magistrat vorgeschlagen, den Turnhallenbau an der Muhliusschule in die MIP 1978 - 82 aufzunehmen, und sich für den Baubeginn 1980 ausgesprochen.

Bei der Haushaltsberatung 1979 am 14. und 15. Dez. 1978 wurde die Aufnahme dieser Baumaßnahme in die MIP 1978/82 durch die Ratsversammlung abgelehnt.

Vom Schulamt wurde daraufhin der Bau dieser Turnhalle zur Aufnahme in die MIP 1979/83 mit Baubeginn 1983 vorgeschlagen.

Aufgrund dieser eindeutigen Fakten konnte davon ausgegangen werden, daß der Bau der Turnhalle tatsächlich erst im Jahre 1983 oder später begonnen werden würde.

Daher entschloß sich das Sozialamt im Sommer 1979, das zum tatsächlichen Baubeginn abzubrechende Wohnhaus Bergstraße 8 provisorisch herzurichten und für die Restzeit von 3 Jahren zur Unterbringung einkommensschwacher, kinderreicher und obdachloser Familien zu nutzen. Insgesamt fanden 22 Personen ein neues Zuhause.

Durch einen Initiativantrag im Rahmen der Haushaltsberatung 1980 im Dezember 1979 wurde die bisherige Prioritätenliste der Turnhallenbauten geändert. Die Ratsversammlung entschied damals - wie bekannt -, für das Haushaltsjahr 1980 Bauvorbereitungsmittel von 50.000,-- DM und für das Haushaltsjahr 1981 Baukosten von 1.177.000,-- DM zuzüglich 80.000,-- DM für Inventar bereitzustellen.

Von dieser Entscheidung ist auch das Schulamt als Fachamt überrascht worden.

Im übrigen war zu diesem Zeitpunkt die zügig durchgeführte Renovierungsmaßnahme abgeschlossen.

zu 2: Die erforderlichen Arbeiten konnten termingerecht am 19.9.1979 abgeschlossen werden. Die Kosten beliefen sich gemäß Abrechnung der KWG auf 29.042,27 DM, was einem Pro-Kopf-Aufwand, bezogen auf die Familien, von 1.320,-- DM entspricht; verteilt auf 3 Jahre, entspricht das einem Pro-Kopf-Aufwand von 440,-- DM.

Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Liegenschafts- und des Sozialamtes.

Teilweise erfolgte die Durchführung der Arbeiten als arbeitstherapeutische Maßnahme im Rahmen gemeinnütziger Tätigkeit von Sozialhilfeempfängern.

- zu 3: Die Kosten beliefen sich auf 1.691,95 DM und wurden im Rahmen der Sozialhilfe aufgebracht. Außerdem leistete die Stiftung zur Verhinderung von Obdachlosigkeit eine Starthilfe in Höhe von 2.000,-- DM.
- zu 4: Am 11. März 1980 teilte das Schulamt schriftlich mit, daß das Haus Bergstraße 8 bis spätestens zum 31.12.1980 zwecks Abbruchs geräumt sein müsse, da mit den Bauarbeiten für die Turnhalle Anfang 1981 begonnen werde.
- Für die betroffenen Familien konnten fristgerecht andere Wohnungen im Stadtgebiet gefunden und bereitgestellt werden. Der Abbruch wurde zwischen dem 16. und 22.1.1981 im Auftrage des Schulamtes durchgeführt.

Der Stadtbaurat
des Städtischen Krankenhauses

Kiel, den 12. März 1981

1. Folgende Antwort für den Magistrat ist zu fertigen:

Betr.: Kleine Anfrage der CDU-Ratsherren-Fraktion
vom 24.2.1981
- Räumung der öffentlichen Plätze durch die
Schausteller nach dem "Kieler Umschlag" -

Betr.: Kleine Anfrage der CDU-Ratsherren-Fraktion vom 24.2.1981
- "Wachzeiten im Städtischen Krankenhaus"

Im Namen des Magistrats beantworte ich die vor-
stehende Anfrage wie folgt:

Die Kleine Anfrage der CDU-Ratsherren-Fraktion vom 24.2.1981 ist
wie folgt zu beantworten:

Zu 1. - Unter Federführung des für den "Kieler Umschlag"
zuständigen Kulturamtes wurde bereits im Abschluß-
gespräch aller beteiligten Ämter und Verbände
sowie der Polizei und der Feuerwehr am 9.2.1981
das Problem der Platzräumung diskutiert.

Es ist dabei darauf hinzuweisen, daß die Flächen
für den "Kieler Umschlag" der "Förderergesellschaft
Lebendes Kiel" zur Verfügung gestellt werden,
die diese dann an die Schausteller weitervergibt.
In den Platzzuweisungsbescheiden der Förderergesell-
schaft sind entsprechende Auflagen über den Auf-
und Abbau enthalten.

Wie auch in dem Abschlußgespräch am 9.2. diskutiert,
kamen einzelne Schausteller diesen Auflagen -
angeblich aus Personalmangel - nicht nach. Es wurde
festgelegt, daß für künftige Umschlag-Veranstaltungen
alle Schausteller die Auflage erhalten, die Plätze
spätestens bis Mittwoch nach dem Umschlag zu räumen.
Die Stadt wird bei Nichtbefolgung Ersatzvornahme
auf Kosten der Schausteller vornehmen.

B a r t e l s

Eine Vorlage des Krankens in den Frühfrost würde zur
Folge haben, daß der Arbeitrhythmus des Krankenhauses
völlig verändert werden würde. So würden sich durch
z.B. Auswirkungen ergeben auf diagnostische, therapeutische
Leistungen, die durch unregelmäßigen Labor- und Röntgen-
untersuchungen, die Nachbetreuung, den Ablauf der Visiten
und die Wachzeiten.

Der Dezernent
des Städtischen Krankenhauses

Kiel, den 18.3.1981

1. Folgende Antwort für den Magistrat ist zu fertigen:

Betr.: Kleine Anfrage der SPD-Ratsherrenfraktion vom 16.3.1981
- "Weckzeiten im Städtischen Krankenhaus" -

Die Kleine Anfrage der SPD-Ratsherrenfraktion beantworte ich wie folgt:

Zu 1. - In den 3 Medizinischen Kliniken des Städtischen Krankenhauses arbeitet der Pflegedienst in 3 Schichten rund um die Uhr. Es gibt eine Frühschicht für die Zeit von 06.00 - 13.00 Uhr, eine Nachmittagssicht für die Zeit von 13.00 - 20.00 Uhr und den Nachtdienst von 20.00 - 06.00 Uhr. Im Nachtdienst ist jeweils eine Pflegekraft je nach Stationsgröße für 17 - 34 Betten zuständig.

Neben einer grossen Zahl von Schwerstkranken sind im Hause nach dem Bericht des Statistischen Landesamtes etwa 44 % der Patienten über 65 Jahre alt. Für diesen Patientenkreis ist eine erhöhte Grundpflege erforderlich. Dieses bedeutet für die Nachtwache, dass die überwiegende Anzahl der zu versorgenden Patienten gewaschen werden muss, da diese hierzu selbst nicht in der Lage sind.

Solange die im Stellenplan 1981 beantragten Planstellen für Zweitwachen nicht zur Verfügung stehen, muss eine Nachtwache bis zur Übergabe an die Frühschicht um 06.00 Uhr ca. 10 - 20 Patienten je nach Stationsgröße gründlich gewaschen haben.

Aus betrieblichen und medizinischen Gründen muss daher bereits gegen 04.00 Uhr mit dem Waschen begonnen werden.

Eine Verlagerung des Waschens in den Frühdienst würde zur Folge haben, dass der Arbeitsrhythmus des Krankenhauses völlig verändert werden müsste. So würden sich damit z.B. Auswirkungen ergeben auf diagnostische, therapeutische Leistungen, die damit zusammenhängenden Labor- und Röntgenuntersuchungen, die Essenversorgung, den Ablauf der Visiten und die Ruhezeiten.

Zu 2. - Dem Städtischen Krankenhaus sind die Probleme und Auswirkungen des frühen Weckens für die Patienten bewusst. Zur Lösung werden daher zur Zeit 2 Modellversuche durchgeführt.

Auf einer Station nimmt eine Pflegekraft des Frühdienstes ihren Dienst bereits um 05.00 Uhr auf. Sie unterstützt die Nachtwache beim Waschen der Patienten. Gleichzeitig wird die Arbeitszeit der Nachtwache um 1 Stunde verlängert, so dass die Patienten zwischen 05.00 - 07.00 Uhr gewaschen werden können.

Auf einer weiteren Station werden pflegeaufwendige Kranke in den weniger arbeitsbelastenden Zeiten des Tagesdienstes von diesen gewaschen und hygienisch versorgt. Der Nachtdienst ist dadurch von den Wascharbeiten insoweit entlastet, so dass die übrigen Patienten dieser Station später geweckt werden können.

Die Ergebnisse dieser Versuche werden unter betrieblichen und medizinischen Gesichtspunkten zu überprüfen sein.

Im übrigen wird die Aufgabe der Gremien des Städtischen Krankenhauses sein, sich im Rahmen der Bemühungen zur Humanisierung im Krankenhaus mit diesem Problem weiter zu beschäftigen.

gez. Dr. M o l l
Stadtrat

2. Abschrift erhalten:

- a) der Ärztliche Direktor
- b) die Pflegedienstleitung

hier

zur Kenntnis.

Moll 18/3.87

3. Personalrat:

Kocher

4. Wvl.:

18/3

Stadtpräsident Johanning teilt mit, daß auch
alle Punkte der Tagesordnung zur Sprache kommen werden.

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung der Ratsversammlung
am 19. März 1981

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gibt Stadtpräsident
die in nichtöffentlicher Sitzung beschlossenen Beschlüsse bekannt.

Nichtöffentliche Sitzung

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 18.01 Uhr

Sitzungsunterbrechung: ./.

Anwesend: Siehe Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Vorsitzender: Stadtpräsident Johanning

1. Schriftführer: Ratsherr Heß

2. Schriftführer: Ratsherr Krumrey

Stadtpräsident J o h a n n i n g teilt mit, daß auch alle Punkte der nichtöffentlichen Sitzung vertagt sind.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gibt Stadtpräsident die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse bekannt.

d) *Johnning*
b) *Johnning*
Stadtpräsident

[Signature]
Ratsherr

[Signature]
Ratsherr
Schriftführer

Nach Abstimmung ist der Beschluss (Ha/La) vom 20. März 1974, Nr. 11 vom 1. April 1974, gemäß Satz 4 der Geschäftsordnung...

Cell 8/4

Die Beschlüsse der Ratssitzung vom 20. März 1974 sind dem Rat bekannt, da sie zwischen dem 20. März 1974 und dem 1. April 1974 angenommen wurden.

Gegen die Kurzmitteilung vom 20. März 1974 wurde kein Widerspruch erhoben.

/Wir bitten, von der Bekanntmachung Kenntnis zu nehmen.

Johnning

1) Hauptamt

Kiel, den 06.05.1981

19. März 1981 erhalten dem Büro des Stadtpräsidenten, des Rechnungsprüfungsamt, die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion zur Kenntnis.

2) Auszüge erhalten:

An

- a) das Rechtsamt
- b) Herrn Oberbürgermeister *o.V.A.*

hier

Landeshauptstadt Kiel		
Rechtsamt		
Eing. Anl.	6. MAI 1981 *	
Sachbearb.:	Az. 02.	
Dez.	Al.	Di.

dw

Betr.: Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am *19.05.1981*

Nach Abstimmung mit dem Rechtsamt (Schreiben vom 4.2.1977, Az.: 02.10.05 - He/La) kann bei den Niederschriften über die Sitzung der Ratsversammlung auf das Widerspruchsverfahren verzichtet werden, da nach der Rundverfügung I. Teil Nr. 11 vom 1. August 1966 gemäß C. 1. (1) Satz 3 hierfür die Kurzniederschrift maßgebend ist. Von den Niederschriften nimmt das Rechtsamt entsprechend C. 2. (5) Satz 4 der genannten Rundverfügung lediglich Kenntnis.

Die Beschlüsse der Kurzniederschrift und der Niederschrift sind inhaltsgleich, da sie zwischen dem Büro des Stadtpräsidenten und dem Hauptamt abgestimmt werden.

Gegen die Kurzniederschrift der oben angegebenen Sitzung wurde kein Widerspruch erhoben.

/Wir bitten, von der beigefügten Niederschrift Kenntnis zu nehmen.

K.g. Schü 7/5

Luack

- 1) Abschriften der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 19. März 1981 erhalten das Büro des Stadtpräsidenten, das Rechnungsprüfungsamt, die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion zur Kenntnis.

Öffentliche Sitzung

- 2) Auszüge erhalten:

ab: 8/4. lua.

Von Punkt		der Niederschrift			
	2			a) 00	z. K.u.w.V.
				b) 01	z. K.
				c) Büro Stadtpräsident	z. K.
" "	3	" "		a) 00	z. K.
				b) 01	z. K.u.w.V.
				c) Büro Stadtpräsident	z. K.
" "	7a	" "		01	z. K.
" "	7b	" "		a) 90	z. K.
				b) 60	z. K.
" "	7c	" "		a) 42	z. K.u.w.V.
				b) 64	z. K.u.w.V.
				c) 71	z. K.
				d) 67	z. K.
" "	7d	" "		a) Stadtbaurat	z. K.
				b) 61	z. K.
" "	8a	" "		40	z. K.
" "	8b	" "		a) Stadtbaurat	z. K.
				b) 66	z. K.
" "	8c	" "		60	z. K.
" "	8d	" "		52	z. K.
" "	9a	" "		65	z. K.
" "	10	" "		a) 00	z. K.u.w.V.
				b) Büro Stadtpräsident	z. K.
				c) 06	z. K.u.w.V.
				d) 50 (2 x)	z. K.u.w.V.
				e) 72	z. K.u.w.V.
				<i>f) 40.5. / g) 51</i>	<i>z. K. u. u.</i>
" "	11	" "		a) 60	z. K.
				b) 66	z. K.
				c) 90	z. K.

SITZUNG

Von Punkt 12 der Niederschrift a) 02 z. K.
 des Magistrats vom b) 61 z. K.
 der Ratversammlung vom 19.03. c) Stadtbaurat z. K.
 d) 64 z. K.
 e) 92 z. K.

Einen Auszug der Niederschrift über die Sitzung

des Magistrats

der Ratversammlung

Nichtöffentliche Sitzung

heute erhalten:

Amt	Betrifft:	Unterschrift - Datum
- Entfällt da vertagt -		
Stvo. Hauptpräsident	Punkt:	
03	Punkt:	
SPD - Fraktion	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
CDU - Fraktion	Punkt:	
Fraktion Leutku	Punkt:	
00	Punkt:	Leutku 07/01
01	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
Stvo. Hauptpräsident	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
90	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
60	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
42	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
64	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
64	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
71	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
Hauptbaurat	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
61	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
40	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
76	Punkt:	Stadtbaurat 07/01
51	Punkt:	Stadtbaurat 07/01

S I T Z U N G

des Magistrats vom

der Ratsversammlung vom 19.03.1981

Layniederschrift

Einen Auszug der Niederschrift über die Sitzung

des Magistrats

der Ratsversammlung (nicht-)öffentlich

heute erhalten:

A m t	Betrifft:	Unterschrift - Datum
Büro Stadtpräsident	Punkt:	} 175sdriff } Luathu 07/04.
03	Punkt:	
SPD - Fraktion	Punkt:	
CDU - Fraktion	Punkt:	
F.D.P. - Fraktion	Punkt:	
00	Punkt: 2, 3, 10,	Luathu 07/04.
01	Punkt: 2, 3, 7a,	8/4.81 Lu. Kay.
Büro Stadtpräsident	Punkt: 2, 3, 10,	8/4.81 Lu. Kay.
90	Punkt: 7b, 11,	Ding 18/4
60	Punkt: 7b, 8c, 11,	off. 8.4.81
42	Punkt: 7c,	8/4.81 Lu. Kay.
64v	Punkt: 7c, 12,	8/4.81 Lu. Kay.
67v	Punkt: 7c,	off. 8.4.81
71	Punkt: 7c,	8/4.81 Lu. Kay.
Stadtbairat	Punkt: 7d, 8b, 12,	off. 8.4.81
61	Punkt: 7d, 12,	off. 8.4.81
40	Punkt: 8a,	8/4.81 Lu. Kay.
66	Punkt: 8b, 11,	off. 8.4.81
52. Bürochef	Punkt: 8d,	

